Breslau, Mittwoch, 20. Juli 19[illegible]
Nr. 160. Jahrg. 1932

Preis 10 Pf.
Reichsausgabe

SAZ Arbeiterzeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Standrecht angedroht!

An die Wand, wer sich dem Terror widersetzt — Todesstrafe für unerlaubten Waffenbesitz — Im Hintergrund die Militär-Diktatur!

Noch ist es nicht soweit

Noch ist erst nur das Demonstrationsverbot erlassen, mit einem Kommentar gegen links: gegen die „Provokationen und hinterhältigen Ueberfälle von kommunistischer Seite", auf die „in der weitaus überwiegenden Zahl der Fälle" die Zusammenstöße der Bluttage zurückzuführen sind — sagt die Regierung!

Sie erläßt, mit diesem Kommentar begleitet, das Demonstrationsverbot einige Wochen nach der Wiederzulassung der SA. Nach einigen Wochen, in denen (wir verfügen nur über eine unvollständige Zusammenstellung) 70 Todesopfer und mehrere hundert Schwerverletzte auf das Konto der nationalsozialistischen Provokationen kommen; 160 Tote, über 500 Schwerverletzte, an 4000 Leichtverletzte zählt die Verlustliste der Antifaschisten seit dem September 1930!

Aber die Regierung erklärt — „in der weitaus überwiegenden Zahl der Fälle" liegen kommunistische Provokationen vor!!

•

Die Verhängung des Demonstrationsverbots soll nur der nächste Schritt sein. Ueber die weiteren Pläne der Diktaturregierung steht noch nichts Endgültiges fest. Zu wahren Delirien sind die Wortführer des faschistisch-reaktionären Blocks aufgestachelt, da sie befürchten müssen, daß die wachsende antifaschistische Welle, die wachsende Einheitsfront der Arbeiter den sicher geglaubten baldigen Sieg des Faschismus noch verhindern könnte. Die Hugenberg-Presse gibt die Ursache der Aufregung offen zu: „In nationalen Kreisen besteht die Sorge, daß man es an der notwendigen Energie fehlen lassen wird, nachdem sich mehr und mehr Annäherungsbestrebungen zwischen der Sozialdemokratie und den Kommunisten zeigen."!!

Während die Nazis sich in der Forderung auf die Mordfreiheit überschlagen — „eine Woche nur und 50 000 bewaffnete SA-Männer haben Deutschlands Mordzentrale ausgeräuchert, ohne Panzerwagen und ohne Polizeibürokratie! dann wird Schluß sein mit dem Bürgerkrieg", schreibt der „Völkische Beobachter" — fordern die deutschnationalen Hintermänner der Regierung die sofortige Verhängung des Standrechtes.

Hier ihre Forderungen:

Nach dem Beispiel der Friedrich Ebertschen (!!) Standrechtsverordnung vom 19. März 1920 sofort den kleinen Ausnamezustand zu erklären;

Die Grundrechte der Verfassung außer Kraft zu setzen;

Standgerichte zu errichten;

Todesstrafe für Landfriedensbruch, Aufruhr, Widerstand gegen Beamtennötigung.

Todesstrafe womöglich schon bei unerlaubtem Waffenbesitz einzuführen!

Und im Hintergrunde: Die Militärdiktatur, Uebertragung der vollziehenden Gewalt auf den Reichswehrminister!

•

Die Noske-Schüler erwägen dabei auch das Verbot der Kommunistischen Partei und „verwandter Schattierungen". Aber vorläufig, vor der Wahl, soll das Verbot nicht erfolgen. Das Verbot der Kommunisten, schreibt die „DAZ", „würde nur einen gewaltigen Stimmenzuwachs für die Sozialdemokratie bedeuten; daran hat niemand ein Interesse."!

Dagegen Lynchjustiz gegen Vorkämpfer der antifaschistischen Bewegung. An die Wand stellen, ist die Losung. „Worauf es ankommt, ist, die verantwortlichen Führer der Linksgruppen, die zum Bürgerkrieg putschen . . . zu erfassen und mit den schärfsten Mitteln zur Rechenschaft zu ziehen." . . .

„Kein Verbot der Kommunistischen Partei, aber rücksichtslose Verhaftung und Aburteilung aller Führer, die an den blutigen Ausschreitungen schuld sind", schreibt die gleiche „DAZ".

•

Das also sind die Pläne der Drahtzieher der Reaktion, und es besteht kein Zweifel, daß sie sie verwirklichen würden, wenn die antifaschistische Front in ihrem Kampfe nachließe, wenn, wie in Altona, Verzweiflungsaktionen von isolierten Arbeitergruppen — die blutig niedergeschlagen werden müssen, wenn sie isoliert bleiben — sich hätten würden, wenn auf der anderen Seite die Spitze der Eisernen Front weiter den Kopf in den Sand stecken und der notwendigen gemeinsamen Aktion aller Organisationen der Arbeiter ausweichen würde, wenn, mit einem Worte, das Getrennt-Marschieren und das Getrennt-Geschlagenwerden sich weiter fortsetzen soll, im antifaschistischen Lager!

Die Verhängung des Demonstrationsverbotes und die Ankündigung des Standrechts gegen antifaschistische Führer ist ein starker Beweis für die wachsende Kraft der antifaschistischen Abwehrbewegung. Das wird von den Faschisten und den Reaktionären eingestanden. Die neue Verschärfung der Diktatur während der Terrorwahlen erschwert aber den weiteren Vormarsch der antifaschistischen Front. Die bisherige Sabotage einer raschen Einheitsfrontbildung durch die Parteibürokratien rächt sich. Mit Halbheiten kommt man hier nicht durch. Zu stark, zu siegessicher ist der Gegner! Es geht um Sein oder Nichtsein. Der Arbeiterblock ist mehr denn je der Weg zur Ueberwindung der Schwierigkeiten — er bleibt der einzige Ausweg, die einzige Rettung! Wenn die gemeinsamen Aufmärsche der Arbeiterorganisationen, die in den letzten Tagen zu einer beginnenden Einkesselung des Faschismus führten, jetzt verboten sind, — niemand kann verbieten, daß die Arbeiter aller Richtungen in den Betrieben, an den Stempelstellen und in den zugelassenen öffentlichen Kundgebungen gemeinsam auftreten, niemand kann verbieten, daß gegen das drohende Standrecht, gegen die Militärdiktatur der politische Massenstreik gemeinsam vorbereitet und der heute getrennt geführte Kampf zum Sturz des Notverordnungsregimes endlich im Arbeiterblock gemeinsam geführt wird!

Es sind nur noch wenige Tage bis zur Wahlabstimmung; der faschistisch-reaktionäre Block bereitet sich darauf vor, die faschistische Mörderpartei in die Reichs- und Länderregierungen nach der Wahl hineinzunehmen, die faschistische Partei selbst bereitet fieberhaft den Endkampf um die Machteroberung vor!

Wer jetzt noch das Trennende im antifaschistischen Lager unterstreicht, wer nicht erkennt, daß gegen einen übermächtigen Gegner ein Kampf ausgetragen wird, bei dem in den allernächsten Wochen Entscheidungen fallen, die für eine ganze Epoche bestimmend sind, der muß von den Antifaschisten selbst als gefährlicher Saboteur eines Kampfes um die Machtexistenz der geschichtlichen fortschrittlichen Kräfte aufs schärfste zurechtgewiesen werden.

Auf Demonstrationsverbot und Standrechtsankündigung — jetzt erst recht für den Arbeiterblock, für das antifaschistische Bündnis der Arbeiterorganisationen aller Richtungen, für den gemeinsamen Kampf, gegen die gemeinsame Gefahr!

Provokateurdokument der Breslauer SA

1. Heute 20 Uhr Versammlungsschutz in Niederhof bei Oppersu. Der Sturm sammelt sich 18.30 im Loheschlösschen. Jeder Trupp bringt höchstens 2-3 Stück von den Geräten mit, die am Mittwoch abd. besprochen worden sind. Anzug für heute Abd.: Zivil, Armbinde in der Tasche, Abzeichen unter dem Rockaufschlag.

2. Heute 16 Uhr meldet sich Truf. Barasch in Uniform im B. H. B. muss heute Abd. 20 Uhr im Terrassenrestaurant an der Jahrhunderthalle ein Gedicht vortragen anlasslich des Konzertes derS. A. / B. sucht sich das Gedicht selbst vor her aus. Am besten ein Gedicht wählen aus dem " Unbekannten S. A. Mann"

3. Es wird bekannt gegeben, dass der Polizei- Wachtmeister Laguda, Siebenhufenerstrasse 42 pt. Kommunist ist.

4. Da die Klettendorfer Landjäger unseren Überfallenen Schutz verweigern, ist umgehend namentliche Feststellung xxxixxWohnungx der Landjäger und des Ortsvorstehers zu machen (Mit Wohnungs anschrift) Mrldung hierher.

F. d. R. d. Führer des Sturmes 13/11
Kürassierstrasse.
gez. Bohnstedt:
Sturmverwalter. Sturmführer.

Zum richtigen Zeitpunkt ist uns dieser aufschlußreiche SA-Befehl in die Hände gefallen!

Solche Befehle ergehen jetzt täglich zu tausenden an die braunen Mordbanden: und dann wagt die Regierung, wagen die Naziprovokateure selbst von der Blutschuld der Antifaschisten zu sprechen!

Zum Provokateurdokument selbst: Der Befehl des Sturmführers Bohnstedt ist erlassen am Tage der Beerdigung des in Ohlau getöteten SA-Mannes in Klettendorf. Die SA marschierte in voller Kriegsbemalung auf. Aber die Trupps des Sturms B III funktionierten als „Zivilaufklärer": „Zivil, Armbinde in der Tasche, Abzeichen unter dem Rockaufschlag" . . . höchstens zwei bis drei Stück der besprochenen „Geräte",

höchstens zwei bis drei Mordwaffen daneben in der Tasche!!

Im Sturm ist also jeder bewaffnet! Aber wenn es gilt zu provozieren, wenn der oder jener dabei gefaßt werden kann, dann Vorsicht! Zwei bis drei Stück genügen, um den „Rotmordüberfall", oder den „Reichsbannerfeuerüberfall", zu maskieren!

Und weiter: Ein Polizeiwachtmeister hat offenbar nicht durch dick und dünn mit den Provokateuren mitgemacht — gleich „wird bekanntgegeben", daß er „Kommunist" ist — wenn er nächstens von Provokateuren, die nach außen ein Linksabzeichen, aber unter dem Rockaufschlag das Mordwerkzeug tragen, angeschossen wird, wird es niemand wundern! Es wird dann etwa heißen: „Kommunistische Dachschützen an der Arbeit. . ." Ganz wie in Ohlau und Altona!

Und wenn endlich dem Klettendorfer Ortsvorsteher und den Landjägern, die nicht sofort Ordre parierten, ein ähnliches Schicksal passiert, dann wird die Mördermeute toben, daß die Polizeikräfte nicht ausreichen, um die „Kommune" oder das „Mordbanner" in Schach zu halten, und daß es nötig sei, der SA und der SS die Straße frei zu geben, daß sie Ordnung schaffe!

An den Pranger mit den Naziprovokateuren — Schluß mit der braunen Mordpest

Der Nimbus der großen Parteien

Von Walter Fabian.

Die politischen Gedankengänge der Sozialistischen Arbeiterpartei finden mehr und mehr Eingang in die Arbeitermassen. Die Arbeiter der SPD, des Reichsbanners, der Freien Gewerkschaften erkennen an, daß wir mit unserer Kritik, mit unseren Warnungen und Mahnungen recht behalten haben; sie gehen zu, daß es für die Arbeiterklasse besser gewesen wäre, wenn sie unseren Vorschlägen gefolgt wäre. Die kommunistischen Arbeiter, die in den ersten Monaten der Existenz der SAP mit dem größten Mißtrauen gegenüberstanden, haben längst angefangen, sehr aufmerksam und meist zustimmend auf unsere Kritik an der Taktik der KPD zu hören und unsere Arbeit mit wachsender Sympathie zu verfolgen. Wenn wir von den ganz Bornierten in beiden Lagern absehen, so können wir feststellen, daß sich die Aufnahmebereitschaft der Massen für unsere politischen Ideen wesentlich gehoben hat. Der Druck der Ereignisse und die Konsequenz und Uneigennützigkeit unserer Arbeit haben das erreicht.

Wir könnten mit diesem Erfolg zufrieden sein, müßten wir nicht feststellen, daß unser Einfluß an einem bestimmten Punkte endet. Wir bringen die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter und viele politisch Unorganisierte genau so weit, daß sie uns Recht geben — aber wir erreichen, in der Masse, nicht, daß sie sich bei uns organisieren und uns bei Wahlen ihre Stimme geben. „Ihr habt zwar ganz recht", so erklären sie, „aber Ihr seid viel zu schwach, Eure Gedanken zu verwirklichen. Darum bleiben wir bei einer der beiden großen Arbeiterparteien." Das ist das verbreitetste, ja bald das einzige Argument gegen uns. Weil es unsere Arbeit hemmt, müssen wir es entkräften.

Nun wollen wir ja nicht Parteimitglieder und Wählerstimmen um ihrer selbst willen oder um einen neuen Parteiapparat errichten zu können. Aber wir sehen immer deutlicher, daß eine Kursänderung der SPD oder KPD lediglich von innen heraus nicht zu erwarten ist. Die Formierung der proletarischen Klassenfront, darüber hinaus die Erneuerung der Arbeiterbewegung kann nur erkämpft werden, wenn ein außerhalb der beiden großen Parteien stehender Faktor von politischem, organisatorischem und moralischem Gewicht die in SPD und KPD gegen den Strom schwimmenden Kräfte ergänzt, verstärkt und geistig leitet. Daher liegt der organisatorische Ausbau der SAP und die Vereinigung einer möglichst hohen Stimmenzahl auf die Liste 17 dringend im Interesse der deutschen Arbeiterbewegung.

Demgegenüber verweisen die „Realpolitiker" darauf, daß nur eine große Partei der uns bedrohenden Gefahren Herr werden könne. Natürlich hätten SPD und KPD in der Vergangenheit schwere Fehler begangen, aber darüber dürfe man jetzt nicht rechten. Selbst wenn man diese Parteien nur als „kleineres Uebel" ansehe, müsse man jetzt für sie stimmen und ihre Reihen stärken. Mit diesen Argumenten wird insbesondere für die SPD geworben.

Das alles klingt sehr bestechend — und ist doch grundfalsch. Man muß über die Fehler der Vergangenheit sprechen, weil nur die Einsicht in diese Fehler zu den notwendigen Erkenntnissen für die künftige Arbeit führen kann. Man muß es umso mehr, weil in weder SPD noch KPD die verhängnisvolle Linie der Vergangenheit aufgegeben haben. Die SPD gebraucht heute radikale Worte, aber das hat sie im Reichstagswahlkampf 1930 und bei früheren Gelegenheiten nicht minder getan; sie fährt dessen ungeachtet fort, alle Ansätze einer proletarischen Einheitsfront zu zerschlagen, sich an Zentrum und Staatspartei anzubiedern, allüberall ihre nationale Zuverlässigkeit zu bekunden, allen außenparlamentarischen Kämpfen auszuweichen und bereits die Fortsetzung ihrer Tolerierungspolitik für die Zeit nach dem 31. Juli vorzubereiten — kurz, ihre Linie ist absolut unverändert geblieben. Die KPD hält wider alle bessere Erkenntnis fest an der RGO-Politik, die heute eines der größten Hindernisse auf dem Wege zur Einheitsfront und zu Massenaktionen ist, sie beharrt auf ihren verhängnisvollen „Theorien" vom Sozialfaschismus und Nationalbolschewismus und tut nichts zur Wiederherstellung der innerparteilichen Demokratie. Der Weg in den Abgrund wird mit einer erschütternden Konsequenz von beiden Führungen fortgesetzt. Und da sollten wir schweigen? Nein, est ist unsere Aufgabe, dem Ausdruck zu verleihen, was bereits Millionen von Arbeitern, heute meist noch nicht mit letzter Klarheit, empfinden.

Wir müssen den Nimbus der großen Parteien zerstören. Wie unberechtigt ist dieser Heiligenschein, dieser gute Ruf, dieser politische Kredit auf Treu und Glauben! Einfach, weil sie groß sind, verdienen sie unsere Unterstützung? Aber wohin haben uns diese großen Parteien geführt! Genau dort hin, wo wir uns jetzt befinden: in die Periode der tiefsten Schwäche und größten Gefährdung der Arbeiterbewegung!

Was nützen uns die Massen der Eisernen Front, wenn die Parolen lauten: „Fenster zu bei faschistischen Aufmärschen, Vorhänge herunter — oder hinaus aus der Stadt zum Spielen und Baden!"? Nicht einmal die unmittelbare Gefahr des nationalsozialistischen Terrors kann durch Organisation gebannt werden, deren Führung prinzipiell dem Kämpfen abhold ist. Um wieviel weniger kann so der Faschismus überhaupt überwunden werden! Die heutige politische Entwicklung ist die notwendige Begleiterscheinung der Krise des Kapitalismus. Darum befürworten die „Aerzte des Kapitalismus" logisch, aber durchaus unmarxistisch, die Wiederherstellung des Kapitalismus und der bürgerlichen Demokratie — während wir eine andere Wirtschaftsordnung und damit auch einen anderen politischen Ueberbau, nämlich die Diktatur des Proletariates, erkämpfen wollen. Die politische Perspektive der großen Eisernen Front ist ein Phantom, denn es gibt nur noch die Wahl zwischen Drittem Reich und Sozialismus, nicht mehr die „Stabilisierung der bestehenden demokratischen Ordnung" — die politische Perspektive der kleinen SAP ist richtig, und das ist viel bedeutungsvoller als eine Masse, die in gutem Glauben und bestem Willen, aber falsch geführt in falscher Front kämpft.

Noch so viele Mandate der SPD und KPD würden der Arbeiterschaft nicht helfen; sie würden im Gegenteil die Position der Bürokratien stärken und damit den Gesundungsprozeß der deutschen Arbeiterbewegung weiter verzögern. Jede Stimme für die SAP ist eine Stimme für unsere sachliche Kritik, für die proletarische Klassenfront, für die Erneuerung der Arbeiterbewegung, ist eine Stimme für die Zukunft des Proletariats. Je kritischer die Zeiten sind, je mehr alle Anzeichen für die bevorstehende schärfste Auseinandersetzung der Klassen sprechen, umso mehr werden Prinzipentreue, kompromißlose Kampfentschlossenheit, Ablehnung jeden Opportunismus und grundsätzliche Klarheit das oberste Gebot der Stunde. Während des Krieges war es durchaus nicht „Realpolitik" des Proletariats, mit der großen SPD die Kriegskredite zu bewilligen, um demokratische Zugeständnisse zu kuhhandeln, alle Ansätze der Revolution zu unterdrücken und für einen kapitalistischen Verständigungsfrieden einzutreten. Proletarische Realpolitik leisteten damals der sehr kleine Spartakusbund und der ebenso kleine linke Flügel der USP unter unserm Genossen Ledebour. Die heutige Situation ist der damaligen ähnlich genug. Darum wählen wir am 31. Juli nicht irgend ein „kleineres Uebel", das in Wirklichkeit das größte Unglück der Arbeiterbewegung ist, sondern stimmen für revolutionäre Klarheit — immer natürlich in dem Bewußtsein, daß das nur ein Fehlgefecht ist, daß nach dem 31. Juli unsere Arbeit erst recht mit verstärkter Kraft fortgeführt werden muß! Und für diesen Kampf werben wir nicht nur um die Stimmen, sondern um viel mehr: um die Mitarbeit, die Kampfgenossenschaft aller revolutionären Arbeiter und Arbeiterinnen!

Nicht die KPD — die Nazis provozierten in Altona

Bis jetzt 14 Todesopfer des Polizeimassakers

Altona, 18. Juli.

Von den Schwerverletzten des Blutsonntags sind zwei weitere Todesopfer zu beklagen. Zwei weitere Schwerverletzte schweben in Lebensgefahr. Von den 14 Toten sind bisher 4 Kommunisten und 2 Nationalsozialisten sicher festgestellt. Die übrigen acht Erschossenen sind zum großen Teil Opfer der wilden Polizeischießerei, die an den Auseinandersetzungen völlig unbeteiligt waren. Die offiziellen Erklärungen des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Eggerstädt, wonach das Eingreifen kommunistischer Dachschützen erwiesen sei, werden von Eggerstädt selbst in seiner Pressekerklärung mit der „Art der Einschüsse in die Uniformen der Polizeibeamten" begründet. Es steht aber fest, daß nur ein einziger Polizeibeamter am Fuße verwundet wurde, und es müßten sehr merkwürdige „Einschüsse in Uniformen" sein, die bei dem langen Feuerkampf zu keinen ersten Verwundungen führten! Der Polizeipräsident ist gezwungen festzustellen, daß von den 91 Verhafteten nur 7 Mitglieder der antifaschistischen Aktion sind, was in einer Stadtgegend, wo man wahllos Verhaftungen vornahm, nicht verwundern kann, in der jeder dritte Einwohner mit den Kommunisten sympathisiert! Es ist weiter festgestellt, daß bei der Durchsuchung eines aus Altona heimkehrenden Lastautos der Nazis in Itzehoe 25 Pistolen beschlagnahmt wurden. In Pinneberg beschossen und stürmten die Nazis auf der Heimkehr ein Arbeitergasthaus. Selbst der demokratische „Hamburger Anzeiger" wendet sich gegen die „Provokationsfreiheit der Faschisten", die ungeheuerliche Hetze gegen die KPD und die antifaschistische Aktion wird von der anderen Presse um so leidenschaftlicher geführt, je weniger Anhaltspunkte für die Verantwortung der Kommunisten an den unmittelbaren Anlässen des Polizeimassakers vorliegen.

Die Aufklärung über die wahren Vorgänge in Altona wird mit allen Mitteln erschwert, eine Sonderausgabe der kommunistischen „Hamburger Volkszeitung" mit dem Bericht und ein Flugblatt der Kommunisten wurde beschlagnahmt.

Hier fielen plötzlich Schüsse aus dem Zug, die den Auftakt zu einer allgemeinen Schießerei gaben. Auch die zum Teil mit Schußwaffen versehenen SA-Leute schossen nach den Häusern und auf die auf dem Bürgersteig stehenden Menschenmassen. Den Veranstaltern der Demonstration war bedeutet worden, daß ein Umzug durch die Altonaer Altstadt recht bedenklich sei. Die Veranstalter bestanden jedoch darauf..., da sie dorthin gehen wollten, wo der Gegner sitze... Kein einziger Teilnehmr des Zuges ist verletzt oder gar getötet worden."

Dieser Bericht des „Vorwärts" entlarvt die Verlogenheit des Altonaer Polizeiberichtes des SPD-Präsidenten Eggerstädt.

*

Die „Germania" schreibt: „Wenn die Reichsregierung die Ruhe wiedergeben wolle, die sie unter dem Diktat der Nationalsozialisten durch die von ihr erlassenen Maßnahmen gefährdet habe, dann brauche sie nur dafür zu sorgen, daß die Uniformen wiederverschwinden... Wir warnen nachdrücklich vor dem Spiel mit dem Gedanken an den allgemeinen Ausnahmezustand."

*

Die Hugenbergische „Schlesische Zeitung": „Warum haben die Behörden in Schlesien nicht mit der gleichen vorbildlichen Genauigkeit wie es in Altona geschehen ist, die Oeffentlichkeit über die Ohlauer Vorgänge aufgeklärt?" — Für den Altonaer sozialdemokratischen Polizeipräsidenten ein vernichtendes Urteil, die Zustimmung dieses nazifreundlichen Hetzblattes!

Pressestimmen zu Altona!

Die Nazis begannen die Schießerei!

Der sozialdemokratische „Vorwärts" schreibt: „In offensichtlich provokatorischer Absicht zog die SA durch die Altstadtviertel Altonas, durch die ehemaligen Bordellstraßen, auf der Hamburg-Altonaer Grenze, die schon ganz im Zeichen der kommunistischen Wahlpropaganda stehen. Der Vorbeimarsch ging auch durch die Johannisstraße, eine äußerst enge und kleine Straße, in der sich auch das kommunistische Parteilokal befindet.

Der lachende Dritte

ist der Faschismus, wenn der Arbeiterblock nicht zustande kommt.

Aus einem Bericht des „Völkischen Beobachter" über die Kundgebung der Eisernen Front im Lustgarten entnehmen wir: „Mit innerem Schmunzeln hört man den heftigen Debatten schwarz-rot-gelber Genossen bei solcher Gelegenheit, wie die Lustgartendemonstration, zu. Jeder wirft dem andern vor, daß er die „Einheitsfront der Arbeiter" verhindere, zitiert die kräftigen Liebkosungen, die — je nachdem — der „Vorwärts" oder die „Rote Fahne" dem eisernen Genossen verabfolgt hat, beschuldigt den andern, daß seine Partei die Führung an sich reißen wolle . . ."

Klassengenossen! Das „Schmunzeln" wird den Nazis vergehen, sobald allerorts der Arbeiterblock Wirklichkeit geworden ist.

Darum: wählt Liste 17

die Liste der „Partei der Einheitsfront"!

2 neue Opfer der Landjäger von Langenselbold

Demonstration von 5000 Menschen

Hanau, 18. Juli.

Die beiden Frauen, die bei den Erwerbslosenunruhen in Langenselbold am Freitag durch die Polizei erschossen worden waren, wurden heute beerdigt. Die Beerdigung selbst, an der sich fünftausend Personen aus der ganzen Umgegend beteiligten, verlief ruhig. Auf dem Rückwege zogen heimkehrende Arbeiter vor dem Hause des Landjägers, der bei der Erschießung der Frauen beteiligt gewesen war, vorbei; sie nahmen eine drohende Haltung ein. Der Landjäger schoß daraufhin in die Menge; ein neues Todesopfer, der Arbeiter Adam Albus aus Groß-Krotzen, blieb am Platz, drei weitere Personen wurden schwer, zahlreiche andere leichter verletzt. Einer der Schwerverletzten ist bereits gestorben.

Demonstrationen gegen Demonstrationsverbot

An verschiedenen Stellen in Berlin kam es trotz des Verbotes von Versammlungen unter freiem Himmel zu Umzügen und Demonstrationen. WTB berichtet, daß daran nicht nur Kommunisten, sondern auch Mitglieder der Eisernen Front beteiligt waren. Im Norden, in Moabit, in Neukölln, in Steglitz und in Tegel griff die Polizei ein. Auf dem Alexanderplatz sammelten sich etwa 500 Kommunisten, die von der Polizei auseinandergeknüppelt wurden.

Nazis erschießen weiter!

Die braunen Mordfaschisten fühlen sich bei den neuen Demonstrationsverboten als Herren der Lage. In Wesseling bei Köln überfielen sie kommunistische Plakatkleber. Plötzlich tauchte ein mit Nazi besetztes Ueberfallauto auf, aus dem auf die Kommunisten geschossen wurde. Ein Arbeiter wurde durch Herzschuß sofort getötet; ein zweiter Arbeiter mußte mit einem schweren Kopfschuß in lebensgefährlichem Zustand ins Krankenhaus gebracht werden. Polizei aus Köln und Bonn erschien zu spät. Sie nahm bei den Nazis ergebnislose Haussuchungen vor. In dem rhein-hessischen Dorf Gau-Odernheim vergriffen sich die Nazibestien an Kindern. Als sie provozierend mit „Heil Hitler"-Rufen am Sportplatz der Deutschen Turner vorbeizogen und Gegenrufe antworteten, stürmte die SA den Sportplatz, demolierte Tische und Stühle, schlug 18 Personen nieder und warf Kinder in ein nahe vorbeifließendes Wasser. Eines konnte nur mit knapper Not gerettet werden.

In Burg im Dillkreis stürmten nach einer Rede des Nazipräsidenten Kerrl, der die Sozialdemokraten als Räuber und Spitzbuben bezeichnete, 100 uniformierte Nazis die Gastwirtschaft des Gewerkschaftssekretärs Cunz, demolierte die gesamte Einrichtung und verletzte den Gewerkschaftssekretär und seine Frau schwer.

In Striegau wurde ein Reichsbannermann von den Nazis ermordet, 3 andere schwer, 6 leicht verletzt.

Nach einem Zusammenstoß zwischen Nazis und Kommunisten bei Niederofleiden in der Gegend von Gießen stürmten die Nazis zur Wohnung des Kommunisten Brüning, der angeblich halb bekleidet in einem Kleiderschrank versteckt angetroffen wurde. Da er im Besitz einer Schußwaffe und eines Dolches gewesen sein soll, wurde an ihm Lynchjustiz verübt. Schwer verletzt wurde er in die Marburger Klinik überführt. — Als die Nazis die Wohnung stürmten, konnten sie nicht wissen, ob der Kommunist Brüning im Besitz einer Waffe sei. Es ist nur eine niederträchtige nachträgliche Entschuldigung ihrer Lynchjustiz, wenn sie sich darauf berufen.

Sturm auf Arbeiterhäuser

Verspätet erhalten wir aus Solingen folgenden Bericht:

Am Sonntag, den 10. Juli, provozierten durch Belästigung und lautes Heilgebrüll von Düsseldorf heimkehrende SA-Banditen die Straßenpassanten. Als gegen 21 Uhr verschiedene Lastwagen den Stadtteil Ohligs-Merscheid passierten, rief ein Jungprolet „Heil Moskau", was den SA-Leuten Anlaß gab, nach einem langgezogenen Signalpfiff, sofort die Arbeiterhäuser zu stürmen. Mit Revolver, Totschläger und sonstigen Mordgeräten drang man in die Wohnungen der Arbeiter ein. Fensterscheiben wurden zerschlagen, Möbel demoliert und die Bewohner bedroht. Nur dem Umstand, daß die meisten Proleten an einem Arbeiterfest teilnahmen, ist es zu verdanken, daß die Strauchritter nicht mit Arbeiterfäusten Bekanntschaft machten. Das benachrichtigte Ueberfallkommando stellte die Lastwagen der Mordriege und förderte folgendes zu Tage: Mehrere Pistolen, Munition, abgeschossene Hülsen, Totschläger, Pflastersteine, Stahlruten und Gummiknüppel. Ein Personenwagen, in dem scheinbar die gehobene SA fuhr, wurde beschlagnahmt, weil jegliche Papiere für den Wagen fehlten. Die Polizei nahm verschiedene Verhaftungen vor.

Nazi-Überfall auf Eiserne Front Eppendorf

Wie dringend notwendig die proletarische Einheitsfront ist, beweist folgender Vorgang trefflich. Die Eiserne Front hatte zu einer gemeinsamen Demonstration im Bezirk Flöhe aufgerufen. Als die Eppendorfer Genossen Hammerleubsdorf passierten, wurden sie von den Schülern der dortigen Nazikaserne regelrecht überfallen. Nachdem der Naziführer seine Leute durch eine Brandrede, rotes Mordgesindel, Lumpen, Verbrecher usw., in die richtige Stimmung versetzt hatte, erfolgte der Angriff. Mit Steinen, Knüppeln und was sie gerade bei der Hand hatten, schlugen sie blindlings auf die Genossen ein und verletzten dabei drei Kameraden erheblich. Bei diesem räuberischen Ueberfall erbeuteten die Nazis drei Mützen, ein Musikinstrument und einen Paukenschlegel. Das polizeiliche Ueberfallkommando Flöhe wurde sofort angerufen, ist aber wegen anderweitiger Beschäftigung nicht erschienen.

Verbot Nummer 12

Der braunschweigische „Volksfreund" drei Wochen verboten

Der Nazi-Minister Klagges hat, wie das Berliner Tageblatt berichtet, den „Volksfreund" nebst drei Kopfblättern auf die Dauer von drei Wochen verboten. Das Verbot erfolgte wegen eines Artikels gegen die Maßnahmen des Ministers Klagges gegen das Reichsbanner. Das 12. Zeitungsverbot in 3 [illegible]

Neue Provokationen der Nazis

Striegau, 18. Juli

Die Nationalsozialisten hatten am Montag in Striegau einen ihrer berüchtigten „deutschen Tage" veranstaltet und anschließend einen „Propagandamarsch" durch den Kreis gemacht. Beim Durchmarsch durch das Arbeiterdorf Groß-Rosen provozierten sie mit Sprechchören und das Empfinden der Arbeiterschaft scharf verletzenden höhnischen Zurufen. Eine Zeitlang bewahrten die Proleten mustergültig die Ruhe und ließen sich provozieren. Als aber die Nazis immer unverschämter wurden, kam es zu Zusammenstößen zwischen den braunen Banditen und der Arbeiterschaft von Groß-Rosen. Ein Nazi wurde getötet und einige verletzt. Unter der Dorfbewohnerschaft gab es viele Verletzte, deren genaue Zahl sich aber bis jetzt noch nicht feststellen ließ.

Politische Zusammenstöße

Glogau, 18. Juli.

Bei einem Umzug der Eisernen Front kam es mehrmals zu Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern, sodaß die Polizei mehrfach vom Gummiknüppel Gebrauch machen „mußte". Eine Person wurde leicht verletzt.

Nazi als Erpresser!

Unerlaubte Hauskollekten. Was hat die Viktoria-Versicherung damit zu tun?

Daß die Nazis trotz der Millionengeschenke, die sie von der Schwerindustrie und den Großagrariern (auf Kosten der Allgemeinheit!) erhalten, dauernd in Geldverlegenheit sind, ist eine bekannte Tatsache. Es genügt ihnen daher nicht mehr, die Dummen, die nicht alle werden, nach allen Regeln der (nicht gerade „arischen") Kunst zu schröpfen, sie treiben ihre Steuern auf eine neue unverschämte Art ein. Seit einiger Zeit veranstalten sie Hauskollekten, die unseres Wissens kaum die Genehmigung des Oberpräsidenten haben dürften. Ihre Sammler bevorzugen gut bürgerliche Häuser und treten so dreist auf, daß es ihnen vielfach gelingt, die allein anwesenden Frauen einzuschüchtern. Uns sind Fälle bekannt geworden, in denen sie sogar Repressalien androhten, falls nichts gezeichnet würde. Ihre Frechheit geht so weit, daß sie absichtlich jüdische Haushalte aufsuchen (Geld stinkt nicht!) und mit der „Schwarzen Liste" drohen, wenn sie keinen Erfolg haben. Ebenso verfahren sie mit Geschäftsleuten, die vielfach unter ihrem Terror stehen und sich fürchten, sich zur Wehr zu setzen.

Die Sammlungen werden von zwei SA-Leuten in Uniform und von Frauen vorgenommen. In einem Falle ist festgestellt worden, daß die Sammlerin zuerst die Hausparbüchse der „Viktoria-Versicherung" anbot und dann die Sammelliste für die NSDAP vorlegte. Es hat also den Anschein, als ob die „Viktoria-Versicherung" keinen Wert auf Andersgesinnte legt, zumal sie, wie uns mitgeteilt wird, auch in ihrem Betriebe und bei der Einstellung von Personal sehr großen Wert auf (nationale) Zuverlässigkeit legt.

Alle, die von solchen Sammlern belästigt werden, sollten unverzüglich Anzeige erstatten, damit ihnen das Handwerk gelegt wird. So weit sind wir doch noch nicht, daß die Nazis von jedem Beliebigen Geld erpressen können unter der Drohung, daß sonst „etwas passieren" könnte!

Alarm! Alarm!

Arbeitslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger!

Heraus zur großen

öffentlichen Protestversammlung

am Mittwoch, dem 20. Juli, vormittags 10 Uhr im großen Saale des „Schießwerders". Thema: „Kampf dem neuen Unterstützungsabbau, für Erlaß der Hauszinssteuer". Arbeitslose, es geht um euer Sein oder Nichtsein! Erscheint in Massen!

Zentraler Erwerbslosenausschuß Groß-Breslau.

Die Versteigerung des Lobe-Theaters abgesagt

Breslau, 18. Juli.

Vom Amtsgericht ist die für heute vorgesehene Zwangsversteigerung des Lobetheaters abgesagt worden. Nachdem der letzte Gläubiger den Versteigerungsantrag zurückgezogen hatte, wurde die einstweilige Einstellung des Verfahrens verfügt.

Verhafteter Sittlichkeitsverbrecher

Schweidnitz, 18. Juli.

In Weizenrodau wurde ein durchreisender Handwerksbursche, der an einem achtjährigen Mädchen ein Sittlichkeitsverbrechen verübt hatte, von einem Landjäger verhaftet und dem hiesigen Untersuchungsgefängnis zugeführt.

Welchen Kurs nimmt das Zentrum?

Breslau, 19. Juli.

Genosse Sternberg gab in seinem Wochenendkurs am Sonnabend und Sonntag einen Ueberblick über die gesamte gegenwärtige wirtschaftliche und politische Lage in Deutschland. Er zeigte die Kräfte, die im Lager der Konterrevolution und im Lager des revolutionären Proletariats am Werke sind. Entscheidend für das Tempo der kommenden politischen Entwicklung in Deutschland wird die Haltung der Partei des politischen Katholizismus, das Zentrum sein. Viele Genossen erklären einfach, die Pfaffen hatten immer auf der Seite der Bürger gestanden, das Zentrum werde bedingungslos in die Front der Nationalsozialisten einschwenken.

Warnend steht vor den Politikern des Zentrums das Schicksal der italienischen Bruderpartei, der Populari. Mit allen bürgerlichen Parteien hat der italienische Faschismus das italienische Zentrum zerschlagen. Eine Diktatur der Bourgeoisie kann keine Oppositionspartei, gleich welcher Art, ertragen. Der deutsche Faschismus hat bereits mit Ausnahme des Zentrums alle bürgerlichen Parteien zerstört. Eine Koalitionsregierung mit den Nationalsozialisten birgt große Gefahren für das Zentrum in sich. In einer solchen Regierungskoalition werden Wirtschafts- und Finanzministerium wie saures Bier ausgeboten werden. Aber ein schwerer Kampf wird um die Besetzung des Innenministeriums, des Reichswehrministeriums, des Justizministeriums entbrennen. Noch ist es durchaus fraglich, ob sich das Zentrum mit einer solchen Koalition durchsetzen können wird. Entscheidende Zentrumskreise, die bayrische Volkspartei, rüstet sich auf alle Fälle zum Kampf, macht sich bereit, die Nationalsozialisten auf ihrem eigensten Gebiet zu begegnen. Bald wird die bayrische Volkspartei in Bayern über mehr mulörisch Organisierte verfügen, als es SA gibt. Noch haben sich die Pfaffen des Zentrums mit den Faschisten in Deutschland nicht geeinigt, noch ist es möglich, daß das Zentrum den Nationalsozialisten größte Schwierigkeiten bereitet. Noch ist nichts entschieden; das Zentrum wird sich entscheiden, so wie es seine Furcht vor dem Bolschewismus ihm eingeben wird.

Die Aufgabe der SAP wird es sein, in dieser Situation wie bisher für die Sammlung der proletarischen Klassenkräfte einzutreten und so die Kräfte zu schaffen, die den Faschismus schlagen und an die Stelle der bürgerlichen Diktatur die Diktatur des Proletariats zu setzen vermögen.

Ausbau der Breslauer Wasserversorgung

Ein Oder-Ohlekanal zwischen Jannowitz u. Tschechnitz

Bei normaler Witterung beläuft sich der Wasserverbrauch unserer Stadt auf etwa 50 000 bis 60 000 Kubikmeter Wasser täglich. Bei Eintritt der Hitze steigt der Verbrauch auf etwa 90 000 Kubikmeter, wobei Breslau im allgemeinen einen kleineren Wasserverbrauch pro Kopf zeitigt als die anderen deutschen Großstädte.

Bedingt durch die Wirtschaftskrise, die ja bekanntlich die Stillegung weiter Industriezweige zur Folge hatte, ist der Wasserverbrauch im Durchschnitt in den letzten Jahren um 5% zurückgegangen. Sollte aber die Krise liquidiert werden, so reichen die alten Wasserwerkanlagen unserer Stadt, reicht speziell das Grundwasser nicht aus, um den Gesamtbedarf zu decken. Wie ja bereits in den Jahren 1927 und 1928 während der Sommermonate ein starker Mangel an Trinkwasser geherrscht hat. Um den Schwierigkeiten der Wasserversorgung in Zukunft entgegenzutreten, beschäftigt sich die Stadt mit einer Reihe von Ausbauplänen der Wasserversorgung. So sollen u. a. zwei schon bereits vorhandene Kranzwerke und zwar die in Dt. Lissa und Hundsfeld, modernisiert werden. Darüber hinaus trägt sich aber die Stadt mit einem völlig neuem Plan.

Bekanntlich befinden sich in der Ohleniederung 400 Brunnen der städtischen Wasserversorgung. Bei trockener Jahreszeit läßt aber die Ergiebigkeit des Grundwassers stark nach, da gerade die Wasserführung der Ohle bei Trockenheit starken Niveau-Schwankungen unterworfen ist.

Man trägt sich jetzt mit den Plänen, die Ohleniederung in Zukunft künstlich zu bewässern, und zwar durch einen Oderwasserzuführer in der Gestalt eines Kanals. Etwa 14 Kilometer vom Stadtkern bei Jannowitz oberhalb des Odernadelwehres soll der Kanal von der Oder abzweigen, durch den Schlangensee hindurchgeführt werden, die Strecke Tschechnitz-Kottwitz als Betonrohrleitung durchkreuzen und oberhalb der Tschechnitzer Mühle wieder in die Oder münden.

Die Wasserführung soll ca. 1800 Kubikmeter stündlich betragen. Durch diesen Kanal soll das Ohlegebiet in den Jahreszeiten, in denen die Oder viel Wasser führt, auf Vorrat bewässert werden.

Das Ohle- respektive Oderwasser soll dann durch Rohrleitungen in die Sickerteiche des Grundwassergeländes abgegeben werden. Zirka 20% des zugeleiteten Oderwassers soll aber im Flußbett verbleiben. In der Nähe von Althofnaß soll dieses Wasser durch ein Walzwehr aufgestaut werden, so daß auch der Grundwasserstand der Ohleniederung in die Höhe gedrückt wird.

Das sind Pläne für die Zukunft, die wir durchaus unterstützen können, falls sie nicht Hilfe der Arbeitsdienstpflicht durchgeführt werden. Sollten aber die Arbeitslager der mit Arbeitsdienstpflicht dafür eingesetzt werden, so werden wir als SAP scharf dagegen ankämpfen.

Darüber hinaus sind in letzter Zeit die Wasserwerkanlagen speziell die Schnellfilter erweitert worden. Diese neuen Betriebsanlagen sind bereits in Betrieb genommen und werden im Augenblick ausprobiert.

9 Menschen ertrunken

Der Badebetrieb der letzten Woche hat wieder eine größere Anzahl von Todesopfern gefordert.

Beim Baden in der Oder bei Pommerzig geriet die Tochter des Maschinenmeisters Liebhard in einen Strudel. Der Vater wollte Hilfe bringen, ertrank aber beim Rettungswerk. Auch die Tochter versank, ehe von anderer Seite Rettungsversuche unternommen werden konnten. Beide Leichen wurden nach längerem Suchen geborgen.

Der 22 Jahre alte Schiffer Schwiegk aus Pollenzig versank beim Baden in einem tiefen Loch zwischen den Buhnen und ertrank.

Auf den überfluteten Queiswieser in der Aue ertrank der Arbeiter Josef beim Baden. Der Ertrunkene wurde geborgen. Da das überflutete Wiesengelände mit tiefen Löchern durchsetzt ist, so ist der des Schwimmens Unkundige wahrscheinlich in eines dieser Löcher geraten und ertrunken.

Der 22jährige Sohn des Kaufmanns Friedrich aus Hirschberg wurde in Brückenberg beim Baden in der Lomnitz von einem Herzschlag getroffen und ertrank.

Ein tragischer Unglücksfall, der vielen Eltern eine Warnung sein sollte, ereignete sich in Lindenau, Kreis Grottkau. In den Abendstunden vermißten die Chudischen Eheleute ihren vierjährigen Sohn Walter. Alle Nachforschungen bei Nachbarn und Verwandten über den Verbleib des munteren Jungen blieben vergeblich. Es wurde nur festgestellt, daß der Knabe am Nachmittag beim Dorfteich spielend gesehen wurde. Als der Teich abgesucht wurde, fand man die Leiche des Kindes.

Ein ähnlicher tragischer Vorfall spielte sich in Urbanowitz, Kreis Kosel, ab. Das vierjährige Kind der Witwe Kusch ging des Morgens fort. Da die Mutter glaubte, es weile bei den Großeltern, unterließ sie Nachforschungen, als das Kind nicht zurückkehrte. Am Abend wurde es in dem Dorfteich von einem Badenden als Leiche gefunden auf.

Zwei Kinder des Stellmachers Motzka, die in der Nähe der Groschowitzer Schleuse badeten, entfernten sich weit vom Ufer und versanken im Fluß. Zwei Männer aus Groschowitz, die von Kindern auf den Vorfall aufmerksam gemacht worden waren, konnten die beiden Ertrinkenden noch rechtzeitig herausholen. Die angestrengten Wiederbelebungsversuche hatten nach längerer Zeit Erfolg, so daß die Kinder dem Leben erhalten werden konnten.

Bei Jeltsch wurde aus der Oder die Leiche einer unbekannten Frau gelandet. Es handelt sich um eine 20 bis 25 Jahre alte Person, die etwa 1,68 Meter groß und untersetzt ist. Die unbekannte Tote kann höchstens 2 Tage im Wasser gelegen haben.

In einem unbewachten Augenblick lief das etwa zwei Jahre alte Kind der Witwe Lehner aus Rudelstadt an den nahen Bober, stürzte hinein und ertrank. Die Leiche konnte wegen des hohen Wasserstandes noch nicht geborgen werden.

Zwei Leerzüge entgleist

Breslau, 18. Juli.

Auf dem hiesigen Hauptbahnhof entgleisten gestern zwei Leerzüge. Personen wurden nicht verletzt. Es entstand eine kleine Betriebsstörung nach Richtung Trebnitz und Trachenberg. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Erfolge der Arbeiterschaft der Ost-O.-S. Hüttenindustrie

Sosnowitz, 18. Juli.

Die Arbeitgeber der Eisenhüttenindustrie haben am Freitag den Gewerkschaften mitgeteilt, daß sie die vor einiger Zeit ausgesprochene Kündigung des Tarifvertrages zurückziehen. Die Kündigung war seinerzeit mit dem Ziele einer Senkung der Löhne ausgesprochen worden und hatte eine breite Welle des Widerstanden unter der Arbeiterschaft ausgelöst, die zu einer Reihe von Betriebs- und Fabrikbesetzungen führte. Nur diesem Widerstand der Proleten ist es zu danken, daß jetzt die Arbeitgeber einlenken.

Proteststreik auf „Graf Renard"

Kattowitz, 18. Juli.

Auf der Graf-Renard-Grube ist gestern ein Proteststreik ausgebrochen. Die Belegschaft erklärte sich mit der Regelung der Lohnfrage während des turnusmäßigen Urlaubs nicht einverstanden. Während die Grubenbarone auf dem Standpunkt stehen, daß während dieser Urlaube keine Löhne gezahlt zu werden brauchen, verlangen die Arbeiter einen Teil ihrer Entschädigung. Die gesamte Belegschaft, also über 2000 Mann, ist gestern der Arbeit ferngeblieben. Dieser Streik trifft die Ausbeuter sehr empfindlich, da die Gruben des Dombrowaer Reviers im Zusammenhang mit dem belgischen Bergarbeiterstreik bekanntlich sehr große kurzfristige Exportaufträge erhalten haben.

Weitere Entlassungen in Ostoberschlesien

Der gesamten Belegschaft der Siemianowitzer Kesselfabrik von W. Fitzner ist gekündigt worden. Von dieser Kündigung werden 167 Mann betroffen. Der Betrieb soll ab 1. August nur mit einigen Meistern und Lehrlingen weitergeführt werden. Die Belegschaft hat die Entscheidung des Demobilmachungskommissars gefordert.

Der Kattowitzer Magistrat hat das Lohnabkommen mit den städtischen Arbeitern gekündigt.

Der Demobilmachungskommissar hat auf Antrag der Direktion der Eminenz-Grube 45 Arbeiter zur Entlassung freigegeben. Die Grube hatte die Entlassung von 60 Arbeitern beantragt.

Oppelner Brückenbau

Die Arbeiten an dem Bau der neuen Straßenbrücke in der Stadt Oppeln, über welche die Hauptdurchgangsstraße von Breslau nach dem oberschlesischen Industriebezirk führen wird, sind bereits in vollem Gange. Vom linken Ufer anfangend ist mit dem Bau eines Arbeitsgerüstes begonnen worden. Zu diesem Zweck werden Holzpfähle mit einem Durchmesser von 30 cm und mit Stahlschuhen versehen, damit sie tief in den Kalkfels des Untergrundes eindringen können, eingerammt. Für den ersten Bauabschnitt vom linken Ufer bis zu dem Mittelpfeiler werden rund hundert solcher Pfähle nötig sein, und weiter für den zweiten Bauabschnitt etwa ebenso viele. Auf das Arbeitsgerüst wird dann die Verschalung zur Herstellung der Fahrbahn für die Brücke aufgesetzt.

Zugleich ist mit dem Einrammen der Spundwände für den Bau des ersten Pfeilers begonnen worden, der nahe dem linken Ufer des Stromes zu stehen kommen wird. Mit dem Betonieren dieses Pfeilers will man bereits in wenigen Wochen beginnen. Die Pfeiler werden aus reinem Beton ohne Eisen hergestellt, während für die Fahrbahn Eisenbeton zur Verwendung kommt. Die Fahrbahn wird eine Breite von 7½ m haben. Daneben laufen auf beiden Seiten der Brücke Fußwege von je 2.25 m Breite. Die Unterkante der Fahrbahn wird sich 4 m über dem höchsten schiffbaren Wasserstande befinden, ihre Bauhöhe wird rund 2.50 m betragen. Als oberen Abschluß erhält die Brücke ein einfach gestaltetes Eisengeländer. Die drei Hauptöffnungen der Brücke haben, vom linken Ufer angefangen, folgende Maße: 38 m, 46 m, 58 m. Dazu kommt am rechten Ufer noch eine Zusatzöffnung von 16 m, unter der eine Uferpromenade hindurchgeführt werden soll.

Vom Blitz erschlagen

Wohlau, 18. Juli.

Auf dem Obervorwerk von Dyhernfurth wurde ein Ackerkutscher, der gerade eine Scheunentür schließen wollte, von einem Blitz getroffen und getötet. Der Blitz zündete und die mit Gerste gefüllte Scheune wurde vollständig ein Raub der Flammen.

Gleiwitz, 18. Juli.

In Peiskretscham schlug der Blitz in das Haus des Lokomotivführers Kohnke, als dieser gerade eine Bodenluke schließen wollte. Kohnke wurde vom Blitz getroffen und auf der Stelle getötet.

Breslau, 18. Juli.

An der Oder, in der Nähe des Wappenhofes, hat der Blitz am Sonntag einen Klempnerlehrling getroffen, der unter einem Baum Schutz gesucht hatte. Dem Verunglückten, der Verletzungen am Kopf und an den Beinen davongetragen hatte, wurde die erste Hilfe durch den Oderrettungsdienst zuteil; dann wurde er mit dem Krankenwagen nach dem Krankenhause gebracht.

Schlesischer Arbeiter-Sport

Sport des Sonntags

Herrnprotsch—Südost, unentschieden. Schlesien geschlägt 1920. Blauweiß schlägt Rotweiß. Stern siegte über Peterswaldau.

Herrnprotsch I—Südost I 0:0: Südost hatte die kampfesfreudige Mannschaft von Herrnprotsch unterschätzt und mußten sich mit obigem Resultat zufrieden geben. Fast 500 Zuschauer waren Zeuge des verbandenen Spieles.

Herold I—Bernstadt I 4:1: Vom Anpfiff an machte sich die Ueberlegenheit Herold stark bemerkbar. Nach der Pause wollte Bernstadt das Resultat etwas verbessern, was wohl einmal gelungt. Das waren scheinbar die letzten Kräfte. Bernstadt mußte sich abdann sicher geschlagen bekennen.

FSB I—Einheit I 7:3: Könnte Einheit bis zur Pause das Resultat 2:3 halten, so mußten sie sich zum Schluß die hohe Niederlage gefallen lassen.

Diana I—Oswitz I 0:3: Die junge Diana-Mannschaft konnte gegen Oswitz nicht aufkommen.

Blauweiß—Roweiß 4:2: Ein flottes Spiel zeigten beide Mannschaften. Rotweiß konnte bis Schluß nicht durchhalten und mußten die besseren Spielerfahrungen von Blauweiß anerkennen.

Stern I—Peterswaldau I 5:1: Beide Mannschaften zeigten ein werbendes Spiel. Die abgekämpfte Mannschaft von Peterswaldau konnte gegen die wuchtige Sternmannschaft nicht bestehen.

1921—Peterswaldau 1:2: Ein Spiel der verpaßten Gelegenheiten könnte man hier mit Recht sagen. 1921 hatte zum Rückspiel den Meister des 6. Bezirks. Gegen 500 Zuschauer erlebten, daß Peterswaldau infolge einer etwas besseren Gesamtleistung einen knappen, aber verdienten Sieg errangen.

1907 I—1925 II 8:5 (5:3). Auf der Loheweise lieferten sich beide Mannschaften ein flottes Spiel, in welchem die Athleten leicht überlegen waren. Nach Halbzeit drückte 1925 sehr stark, konnte aber den Vorsprung nicht mehr aufholen.

1928 I—Schlesien I 2:4. Zeigte auch 1928 bis zur Pause ein fast gleichwertiges Spiel, so mußten sie sich zum Schluß mit 4:2 geschlagen bekennen.

14. Kreis. Leichtathletik-Bericht vom II. Quartal 1932.

Den eingegangenen Berichten entsprechend müßte man annehmen, daß die Leichtathletik in Schlesien schon im II. Quartal den Winterschlaf angetreten. Es ist doch für alle Bezirke von Bedeutung, wenigstens 4 mal im Jahr einen zusammengefaßten Kreisbericht in „Wurf und Ziel" und im „Mitteilungsblatt" zu Gesicht zu bekommen. 4., 6. und 10. Bezirk die gut arbeitende Sportwarte und demnach auch gut verlaufene Veranstaltungen haben, lassen garnichts von sich hören. Hier scheint die örtliche Tagespresse zu genügen. Aber andere Bezirke sind schließlich auch einmal interessiert, was in Hirschberg, Reichenbach, Striegau usw. in der Leichtathletik geboten wird. Diesmal ist nur vom 1., 2. und 8. Bezirk wesentliches zu veröffentlichen.

1. **Bezirk:** Waldlauf in Deutsch-Lissa mit annehmbarer Beteiligung. Bei einem Athletenvereinssportfest in Breslau wurde beim Weitsprung von einem Breslauer Genossen trotz schlechter Anlaufbahn die 6 Meter-Grenze übersprungen. — Die Breslauer Straßenläufe als Auftakt zur „Rast" hatten dieses Jahr eine Rekordbeteiligung von 1200 Aktiven. Hier konnten unsere Sportler noch mit glatten roten Fahnen aufmarschieren und demonstrieren, während 8 Tage später beim „Rast" nur noch bedruckte Fahnen zum Festzug zugelassen wurden. Der Reichsarbeiter-Sporttag in Breslau, Dt. Lissa, Neukirch, und weitere hatten trotz schlechter, wirtschaftlicher Verhältnisse denselben Besuch aufzuweisen, wie in den Vorjahren. In Breslau, Sonnabend vorher Jugendkundgebung im Naturtheater mit gutem, werbenden Erfolg. Der Sportleiter-Kursus am 29. Mai hätte sich stärkerer Beteiligung erfreuen können. Ein 3tägiger Sportleiterkursus unter Leitung des Gen. Thaer stand im Zeichen schwerster, wirtschaftlicher Not. Nicht allen Bezirken war es möglich, den wichtigen Kursus zu beschicken.

2. **Bezirk:** Der Bundeslauf, in den Gruppen durchgeführt, hatte unter Regen zu leiden. Am 18. und 19. Juni Sportplatzweihe in Kuhnau. Gute Leistungen wurden bei verhältnismäßig schwacher Beteiligung der Leichtathletik erreicht.

3. **Bezirk:** Die Aktivität wie in den vergangenen Jahren ist in diesem in der Leichtathletik mit an führender Stelle stehenden Bezirk noch nicht erreicht. Vereinsberichte gehen an den Bezirkssportwart selten ein. Berichte müssen erst aus der Tagespresse zusammengestellt werden. Der Werbelauf litt auch hier unter der schlechten Witterung. Immerhin noch 400 Aktive und 230 Kinder. Der „Rast" wurde in Neusalz am 5. Juni, in Kozenau am 19. Juni und vom Bataner Sportkartell am 26. Juni in Tschiebsdorf durchgeführt. Grünberg feierte 25jähriges Bestehen, bestens unterstützt von Neusalz. Bestzeit im 100 Meter-Lauf 11,8 Sek.

Im III. Quartal sind die Leichtathletikmeisterschaften unseres Bundes in Dresden zu vermerken. Zuschüsse von Gemeinden, Kreis, Bezirken werden kaum zu erwarten sein, sodaß die Beteiligung schlesischer Leichtathleten sehr gering sein wird. Zu dem am 4. September angesetzten Altersteffen müßten aller Orte auch leichtathletische Wettkämpfe und Staffeln ausgeschrieben werden. Am 11. September müssen die leichtathletischen Serienmannschaftskämpfe in den Bezirken durchgeführt werden. Mannschaftsstärke 5 Genossen oder Genossinnen. Die Wettkämpfe seien nochmals vermerkt.

Männer 5-Kampf: 200 m Hoch- und Weitsprung mit Anlauf, Speer und Diskus.

Jugend-Dreikampf: 100 m, Hochsprung, Diskus.

Sportler innen-Dreikampf: 100 m, Weitsprung m. A., Kugelstoßen 4 kg.

Altersportler-Dreikampf: 100 m, Weitsprung m. A., Schlauderball.

Der 1. Bezirk führt infolge Platzschwierigkeiten seine Mannschaftskämpfe schon am 28. August beim Vereinssportfest der Freien Turnerschaft Breslau durch. Berichtet vom III. Quartal an euren Kreispresseobmann pünktlich.

Ereignisse aus dem Kreisgebiet

Aus dem 7. Bezirk wird gemeldet: Neurode feierte sein 10jähriges Bestehen. Der ganze Bezirk nahm starken Anteil an diesem Fest. Im Festzelte waren über 1000 Teilnehmer. Die ganze Bevölkerung stand im Zeichen der 10-Jahrfeier. Männer- und Frauen-Freiübungen sowie leichtathletische Wettkämpfe umrahmten das Programm. Als Schluß stieg ein Handballspiel: Seitenberg (Bezirksmeister des 7. Bezirks)—Nieder-Hermsdorf (4. Bezirk). Nach abwechslungsreichem Kampf siegte Nieder-Hermsdorf mit 8:7 (5:3).

Im 10. Bezirk kamen folgende Spiele zum Austrag: Freie Turner Petersdorf—Falke-Goldberg 6:4 (3:3). Freie Turner Straupitz schlugen den Turnverein Maiwaldau 4:1 (3:0). — In Marklissa fand die 20-Jahrfeier statt. Zirka 500 Festteilnehmer. Auch waren mehrere 100 Zuschauer anwesend. Folgende Spiele wurden ausgetragen: Faustball: Freie Turner Hirschberg—Marklissa 50:55. Freie Turner Hirschberg sind damit Bezirksmeister im Faustball des 10. Bezirks geworden. Das Handballspiel Marklissa I—Hirschberg I endete mit einem knappen 7:7 (6:4). Siege für Marklissa. Als Abschluß der Veranstaltung wurde ein Handballspiel Auswahlmannschaft des 10. Bez.—VfL-Görlitz ausgetragen. Das Spiel endete ganz unerwartet mit einer knappen Niederlage von 9:8 (6:3) von Görlitz.

Werbefahrt nach Dyhernfurth

Entsprechend den angesetzten Werbefahrten kam am gestrigen Sonntag die Werbefahrt auf der Strecke bis Dyhernfurth zur Durchführung. In den einzelnen Orten trugen verschiedene Breslauer Mannschaften Werbespiele aus. In Dyhernfurth trennten sich Masselwitz und Vorwärts 1:1. In Wohlau spielten Wohlau II—Dyhernfurth I, die sich gleichfalls unentschieden 2:2 trennten. Das Hauptspiel in Wohlau bestritten der VfB Wohlau und Herta-Breslau. Ueberraschenderweise mußte Herta hier eine unerwartete 5:2-Niederlage einstecken. In Grossen warben Rapid und Sturm. Auch dieses Spiel endete mit einer Ueberraschung, da sich Sturm von Rapid mit 4:2 schlagen lassen mußte.

Gesellschaftsspiel am Mittwoch, 20. Juli:
18.00 Uhr: Falke III—VfL. III, Neukirch, Herta.

Sonnabend, 23. Juli:
18.00 Uhr: Falke I—VfL. I, Neukirch, 114.
16.30 Uhr: Falke II—VfL. II, Neukirch, Blaugelb.
18.00 Uhr: Fr. Sportfreunde II—SilKick II, Westpark, 9.
16.00 Uhr: Fr. Sportfreunde III—SilKick III, Westpark, 54.

Serienspiele am 24. Juli:
17.30 Uhr: Trebnitz I—Rosenthal I, Trebnitz, 41.
10.00 Uhr: Herta I. Jug.—Einheit I. Jug., Gräbschen, 69.

Gesellschaftsspiele am 24. Juli:
18.00 Uhr: Cawallen I—Oswitz I, Cawallen, 20.
18.00 Uhr: VfL I—Fr. Sportfreunde I, Gandau, 89.
18.00 Uhr: Union I—Herta I Dtsch. Lissa, 108.
18.00 Uhr: Stern I—1924 I, Gräbschen, 179.
18.00 Uhr: 1930 I—FSB I, Maria-Höfchen, 93.
17.30 Uhr: Canth I—VfR I, Canth, 8.
17.30 Uhr: Alemannia I—Herold I, Ransern, 104.
17.30 Uhr: Hundsfeld I—Wratislawia I, Hundsfeld, 74
17.30 Uhr: VfK I—Tasmania I, Herrmannsdorf, 110.
17.30 Uhr: Falke I—Südost I, Neukirch, 138.
17.30 Uhr: VfB I—Wacker I, Oltaschin, 102.
17.00 Uhr: Einigkeit II—Eichenlaub I, Gr. Mochbern, 139.
17.30 Uhr: Südost II—Freiheit I, Klettendorf, 116.

II., III. und IV. Mannschaften:
16.00 Uhr: Lanisch II—Einheit II, Lanisch, Cawallen.
15.45 Uhr: VfB II—Wacker II, Oltaschin, Freiheit.
16.15 Uhr: 1930 II—FSB II, Maria-Höfchen, 1928.
15.30 Uhr: VfK II—Tasmania II, Herrmannsdorf, Union.
16.00 Uhr: Stern II—1924 II, Gräbschen, Blauweiß.
15.30 Uhr: Hundsfeld II—Wratislawia II, Hundsfeld, SilKick.
15.00 Uhr: Alemannia II—Herold II, Ransern, Herrnprotsch.
15.30 Uhr: Canth II—VfR II, Canth, Freiheit.
15.00 Uhr: Union II—Herta II, Dtsch. Lissa, Eintracht.
16.00 Uhr: Cawallen II—Oswitz II, Cawallen, Lanisch.
15.00 Uhr: Trebnitz II—Rosenthal II, Trebnitz, Hundsfeld.
15.00 Uhr: Südost II—Freiheit II, Klettendorf, Canth.
15.00 Uhr: Einigkeit III—Eichenlaub II, Gr. Mochbern, Südost.
13.30 Uhr: Trebnitz III—Rosenthal III, Trebnitz, 41.
14.00 Uhr: VfB III—Wacker III, Oltaschin, 1930.
14.45 Uhr: 1930 III—FSB III, Maria-Höfchen, Falke.
9.00 Uhr: Stern III—1924 III, Gräbschen, Tasmania.
13.30 Uhr: Alemannia III—Herold III, Ransern, Fr. Sportfreunde.
14.00 Uhr: Canth III—VfR III, Canth, Freiheit.
14.30 Uhr: Cawallen III—Oswitz III, Cawallen, VfL.
16.00 Uhr: VfL III—Fr. Sportfreunde III, Gandau, Einigkeit.

Jugend- und Schülermannschaften:
16.30 Uhr: Trebnitz I—Rosenthal I, Trebnitz, Hundsfeld.
10.00 Uhr: Falke I—Südost I, Neukirch, FSB.
16.45 Uhr: Union I—Herta I, Dtsch. Lissa, West.
10.00 Uhr: Südost II—Freiheit I, Klettendorf, 1924.
9.00 Uhr: Südost I. Schül.—Freiheit I. Schül., Klettendorf, Verein.
16.30 Uhr: Alemannia I. Schül.—Ransern I. Schül., Ransern, Verein.
9.00 Uhr: Eintracht I. Schül.—FSB I. Schül., Masselwitz, Verein.
10.00 Uhr: Eintracht II. Schül.—FSB II. Schül., Masselwitz, Verein.
15.30 Uhr: Falke a. Herren—Südost a. Herren, Neukirch, 1921.

Notizen

Arbeiter-Sportkartell Breslau a. V.: Achtung, Kinderleiter! Alle Kinder der Kartellvereine, welche am Dienstag nicht im „Proleton", waren, kommen unter Führung ihres Abteilungsleiters am Mittwoch vorm. 10 Uhr ins Kino Gabitzstr. Die Vorstellung ist frei! Gespielt wird „Emil und die Detektive."

Bezirksvorstand: Betr. Werbespiel am 24. Juli. Die Abfahrtszeiten für die Fahrtstrecken nach Namslau über Schmarse, Oels, Juliusburg und Berne stadt haben sich geändert. Für die Breslauer Vereine sind folgende Abfahrtszeiten festgelegt: 12.00 Uhr: Gräbschener Ecke Mochberner Str. 12.10 Uhr: Gräbschener Ecke Reichstr. 12.20 Uhr: Striegauer Platz. 12.30 Uhr: Matthias- Ecke Waterlooplatz. Die Vereine Schlesien, Rotweiß, Sparta, Einigkeit, West und Freie Schwimmer Breslau, haben die Abfahrtszeiten genau inne zu halten. Die II. Mannschaft von Schmarse steht ab 13.00 Uhr abfahrtsbereit in Schmarse an ihrem Vereinslokal. Die Abfahrtszeit zur Werbefahrt nach Ohlau ist für den Sportklub Herrnprotsch auf 11.30 Uhr vom Vereinslokal in Herrnprotsch angesetzt.

Sämtliche Vereinsvertreter erscheinen heut abend im Bezirkslokal zur Empfangnahme der Vorplakate zum Länderspiel Deutschland—Norwegen. — Die Breslauer, sowie die in nächster Nähe von Breslau befindlichen Vereine haben bis zum 25. Juli je einen zuverlässigen, älteren Genossen als Ordner namentlich an Gen. Walde, zu melden. Die Vorverkaufskarten gehen den Vereinen im Laufe dieser Woche zu.

Fußball-Verhandlungsausschuß: Ladungen für den 25. Juli: 20 Uhr: Vereinsvertreter Rosenthal mit Unterlagen schwarzer Liste, Hensel, Roland (Askania) dazu Vereinsvert. Askania. 20.15 Uhr: Vereinsvertreter Adler-Schwoitsch, dazu Spielführer Adler vom Spiel am 10. Juli. Schiri Benke Nr. 241. 20.30 Uhr: Vereinsvertreter Herta in Sachen Kutska Fritz, dazu Arbeitsausschuß Gen. Walde. 20.45 Uhr: Wratislawia und Pfeil, dazu Gen. Proquite (Pfeil), Gerstmann (FSB). Weitere Zeugen stellen die Vereine selbst. 21.00 Uhr: Vereinsvertreter Vorwärts. 21.15 Uhr: Walter Hergert (VfR)-Schiri Gerstmann. 21.30 Uhr: Vereinsvertreter VfB mit Unterlagen.

Jugend-Ausschuß: Die mit der Ueberschrift „Jugend- und Schülerleiter und Jugend-Ausschuß" erschienenen Notizen sind falsch. Die Jugendleiter-Halbjahresversammlung findet Sonntag, 24. Juli, vorm. 9 Uhr bei Grundmann, Frankfurter Straße statt. Am 24. Juli besteht bis 12 Uhr für Jugend und Schüler Spielverbot. Die Gruppe Oels ist hiervon nicht betroffen.

Schießklub Breslau: Donnerstag, ab 15 Uhr, hat sich alles restlos beim Uebungsschießen einzufinden.

Arbeiter-Athleten-Verein 1911: Am 22. Juli findet eine Mitgliederversammlung bei Fiedler, Schweitzerstraße 10 statt. Beginn 20 Uhr.

Arbeiter-Rade- u. Kraftfahrerbund Solidarität Ortsgruppe Breslau-Tschansch.
Freitag, den 22. Juli, 20 Uhr, Vereinsversammlung bei Taube. Rennfahrer erscheinen um 18.30 Uhr zur Rennfahrersitzung.
Sonntag, den 24. Juli, Badetour. Abfahrt um 14 Uhr von Taube.

Freie Turnerschaft Breslau e. V.: Für Mittwoch, den 19., und Donnerstag, den 20. Juli, in der Zeit von 18 Uhr ab können sich noch Genossen zur sportärztlichen Untersuchung melden, und zwar im Stadion, sportärztliche Abteilung.

ASC Wacker: Freitag, 22. Juli, Vollversammlung im Vereinslokal Schiller, Märkischestr. 20.

Achtung, Spielangebot: Waldenburg-Sandberg sucht für 2 Schülermannschaften in Breslau Spielgegner. Bedingung: Für 24 Schüler Mittagessen und 10.— RM. Fahrtzuschuß. Rückspiel zu den gleichen Bedingungen. Anschriften an Otto Heinze, Waldenburg-Sandberg, Mittelstraße 16.

Stets frisch zu haben bei:
Kurt Reichert
Kolonialwaren
Steinauer Straße 20
Ecke Leuthenstraße

SAP

Bezirk Mittelschlesien: Sekretariat: Breslau, Kleine Holzstraße 3; Telefon 56768.

SAP- und KPO-Funktionäre des Deutschen Freidenker-Verbandes. Am Donnerstag, den 21. Juli, 19.30 Uhr, wichtige Sitzung im Sekretariat, Kleine Holzstraße 3.

Abt. Zimpel-Bischofswalde: Nachdem der Appell des Roten Massenselbstschutzes nicht stattfinden kann, ist unsere gestrige Bekanntmachung hinfällig und unser „Roter Abend" findet bestimmt statt. Genosse Retter rezitiert.
Donnerstag treffen sich alle Genossinnen und Genossen beim Platzkonzert des Musikverein „Walküre" am Geschäftsviertel.

Frauen-Funktionär-Sitzung: Mittwoch, den 20. Juli, 20 Uhr, im Parteibüro. Referent anwesend.

Distrikt 32: Mittwoch, den 20. Juli, 20 Uhr, Distriktsversammlung bei Arlt, Lohestraße 37. Redner anwesend.

Frauen-Versammlung, Abt. Sandtor: Freitag, den 22. Juli, 20 Uhr, im Schultheiß-Stübel, Matthiasstr. Redner anwesend.

Mitgliederversammlung der Inneren Stadt: Freitag, den 22. Juli, im Parteibüro.

SJV Sekretariat: Kl. Holzstr. 3
Sprechstunden Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 10—12 Uhr u. Donnerstag von 18—20 Uhr

Heim 2, Marthastraße 11:
Dienstag, 20 Uhr: Wir reisen um die Welt. Lichtbilder. Werner Schwahne.
Freitag, 20 Uhr: Bericht über Sowjet-Rußland.

Heim 3, Mehlgasse 39:
Mittwoch, 20 Uhr: Gewerkschaften und Revolution. Ref.: Gen. Walter Rosenstein. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.
Donnerstag, 20 Uhr: Sexualmoral. Ref.: Gen. Dr. Jeanne Adler-Simmel.

Heim 4, Seydlitzstr. 1:
Mittwoch, 20 Uhr: Kommunistisches Manifest „Proletarier und Kommunisten." Ref.: Genosse Kühnberg.
Donnerstag, 20 Uhr: Werbeversammlung.

Heim 5, Friedr.-Wilhelm-Str. 45:
Mittwoch, 20 Uhr: Jungmarxistische Arbeitsgemeinschaft: „Kapitalistische oder proletarische Revolution." Ref.: Gen. Maxim.
Donnerstag, 20 Uhr: Werbeversammlung bei Metze, Lange Gasse. Ref.: Gen. Kirstein.

Heim 6, Hoffmann, Pöpelwitzstr.:
Dienstag, 19 Uhr: Treffen am Roberplatz zu Außenspielen.
Donnerstag, 20 Uhr: Wir beteiligen uns an der Werbeversammlung von Heim 5.

Heim 7: Merkelstr. 2:
Mittwoch: Außenspiele.
Freitag, 20 Uhr: Lohnarbeit und Kapital. Ref.: Gen. Kühnberg.

Heim 8, Hirschstr. 78:
Mittwoch, 20 Uhr: Lichtbildervortrag.

Für alle Mitglieder: Macht Propaganda für unsere große Jugendversammlung in der Monistischen Gemeinde am Montag, den 25. Juli mit Genossen Dr. Karl Frank als Referent. Verteilt Karten à 10 Pfg. für Jugendliche und Erwerbslose und 15 Pfg. für Verdiener.

Freidenkerjugend Breslau, Gruppe Süd-Ost: Heut 20 Uhr im Heim. Arbeitsgemeinschaft.

Monistische Jugend (Zentral), Grünstraße 14/16: Heut 19.30 Uhr, alles im Heim.

KAFFEE HAG
der coffeinfreie Bohnenkaffee zu haben bei:
Wilhelm Kupczyk
Schleiwerdorfstraße 51
Kolonialwaren Lebensmittel

Berlin

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: 17 Wedel 3422
Mittwoch, d. 20. Juli 8.30 Uhr
Die eiserne Jungfrau
Gartenbühne 5.30 Uhr
Konzert und Varieté 8.15 Uhr
Bei mir kein Hitler

Prater-Lichtspiele
Kastanienallee 7/9
Wegen des Riesenerfolges bis Donnerstag d. 21. d. K. verlängert
Der große Sexual-Tonfilm mit Albert Bassermann und Toni v. Eick in
„Gefahren der Liebe"
Im gleichen Programm:
Willy Fritsch, Max Adalbert, Leo Slezak in
„Ein toller Einfall"

Wo decke ich meinen Bedarf?

ZENTRUM

Kauft bei Blasse! Blasse ist billig!
Kaufhaus Blasse nur Graupenstr. 6/10

Angel-Geräte, Wäscheleinen und Bindfaden
im Spezialhaus Kaschube & Döring G. m. b. H.
Oderstraße 30

Sport und Funk
billigste und beste Bezugsquelle für alle Sportartikel und Radio-Geräte
Schweidnitzer Straße 20/21
(neben der Dorotheenkirche)

Dragon Farben Foto Matthias Gartenstraße 10

Werbt Abonnenten!

Wo kauft man seine Ledersohlen?
Bei Gutsche — Überall empfohlen!
Albert Gutsche, Reuschestr. 32/33
Bekannt leistungsfähig in Leder- und Schuhbedarfsartikeln!
Gräbschener Straße 19/21 · Bohrauer Straße 43 · Poststraße 7 · Heilkoschstraße 14

Genossen Beachtet unsere Inserate!

SÜD U. SÜDWEST

Erste Breslauer Lohnwäscherei
liefert Ihnen im Beisein der Hausfrau in ½ Tage die große Wäsche schrankfertig!
Großer, geschützter, sonniger Trockenplatz steht Ihnen zur Verfügung.
Rufen Sie noch heute an!
Arnold Schmidt
Fernruf 341 58 Hubenstr. 9, Tor 7

Kaufhaus „PATRIA", Gräbschener Str. 46
Kurz-, Weiß- und Wollwaren — Konfektion
(auch auf Teilzahlung)

Kauft Lacke Farben nur beim Fachmann
Erich Hoffmann
jetzt Bohrauerstraße 38
Telefon 35279

Obst und Südfrüchte
G. Janitz Lehmgrubenstr. 62
Kolonialwaren — Spirituosen
Edeka-Geschäft Martin Fleischer, Augustastraße 20.

Verantwortlich: R. Pfaff Breslau; für Inserate: Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung", Breslau. Druck: Th. Schatzky AG. Breslau, Neue Graupenstr. 7.
Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1 Treppe. Telephon 206 02.
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.
Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1 Treppe. Telephon 206 02.
Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2.10 und RM. 0.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2.10 und RM. 0.35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2.10 zuzüglich RM. 1.30 Porto monatlich.
Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt Breslau 6, Kleine Holzstraße 3, Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Konto Nr. 102 92.

An allem sind die „Kommunisten schuld“

Der Text des Demonstrationsverbotes:

Amtlich wird mitgeteilt:

Berlin, 18. Juli.

„Am vergangenen Sonntag ist es wiederum an vielen Orten zu blutigen Zusammenstößen gekommen. In der weitaus überwiegenden Zahl der Fälle beruhen die Zusammenstöße auf Provokationen und hinterhältigen Ueberfällen von kommunistischer Seite. (!)

Um die unmittelbare Gefahr neuer Ueberfälle auf öffentliche Umzüge zu verhindern, hat der Reichsminister des Innern mit dem heutigen Tage bis auf weiteres auf Grund der Zweiten Verordnung des Reichspräsidenten über politische Ausschreitungen vom 28. Juni 1932 ein allgemeines Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzügen erlassen.

Die Reichsregierung ist entschlossen, alle Maßnahmen zu treffen, um Leib und Leben der Staatsbürger gegen weitere Angriffe zu schützen und die freie politische Betätigung zu sichern. Sie erwartet von allen Teilen des Volkes, die auf dem Boden des Rechts stehen, Ruhe und Besonnenheit. Nur dann kann den bewußten Provokateuren blutiger Auseinandersetzungen wirksam das Handwerk gelegt werden.“

Auf Grund des § 2 der Zweiten Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 28. Juni 1932 (Reichsgesetzblatt I Seite 339) wird mit Wirkung für das Reichsgebiet folgendes verordnet:

§ 1.

1. „Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge sind bis auf weiteres verboten.

2. Das Verbot gilt nicht für Versammlungen unter freiem Himmel, wenn sie in fest umfriedeten, dauernd für Massenbesuch eingerichteten Anlagen stattfinden und ihr Besuch nur gegen Eintrittskarten zugelassen ist. Auf Versammlungen dieser Art findet die Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Aufzüge vom 28. Juni 1932 (Reichsgesetzblatt I Seite 339) Anwendung.

§ 2.

1. Mit Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann, wird bestraft:

1. wer unter Zuwiderhandlung gegen das Verbot des § 1 eine Versammlung unter freiem Himmel oder Aufzug veranstaltet oder leitet oder dabei als Redner auftritt;
2. wer für eine Versammlung unter freiem Himmel, die nach § 1 verboten ist, den Platz zur Verfügung stellt.

2. Mit Geldstrafe bis zu 15 RM wird bestraft, wer an einer Versammlung unter freiem Himmel teilnimmt oder einem Aufzuge, die nach § 1 verboten sind, teilnimmt.

§ 3.

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 18. Juli 1932.

Der Reichsminister des Innern.
Freiherr von Gayl.

Die Pressestelle des preußischen Staatsministeriums teilt mit:

Durch Verordnung des Reichsministers des Innern vom 18. Juli 1932 sind bis auf weiteres Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge verboten.

Wie der „Amtliche Preußische Pressedienst“ mitteilt, werden damit auch alle bereits erteilten Genehmigungen für derartige Versammlungen und Aufzüge hinfällig. Ersatzversammlungen für solche Veranstaltungen können für den 19. und 20. Juli 1932 nicht mehr genehmigt werden, weil die für sie durch Verordnung des Reichsministers des Innern vom 28. Juni 1932 vorgeschriebene Anmeldungsfrist von mindestens 48 Stunden nicht eingehalten werden kann. Für die spätere Zeit gilt die 48stündige Anmeldefrist.

Arbeiterblock Falkenstein-Auerbach

Am Sonntag tagten die drei politischen Parteien SPD, KPD und SAP, sowie der Ortsausschuß des ADGB und die Sportverbände der beiden Städte Falkenstein und Auerbach mit Umgebung, um die Einheitsfront gegen den Faschismus zu schaffen. Nach kurzer Aussprache wurde ein Aktionsausschuß gewählt, in dem alle Parteien, der Schutzbund, das Reichsbanner, die Arbeiterwehr, der Ortsausschuß und die Sportverbände vertreten sind. Die erste Demonstration sollte nächsten Sonnabend stattfinden. Nach der Verhängung des Demonstrationsverbotes wird es wohl eine gemeinsame Versammlung. Die Arbeiterschaft der beiden Orte wird den Faschisten beweisen, daß sie kämpfen kann.

* * *

Wie uns von unseren Genossen aus Bruchenbrücken b. Friedberg (Hessen) gemeldet wird, hat sich auch in diesem kleinen Ort, der nur 800 Einwohner zählt, der Arbeiterblock aller Parteien (KPD, SAP und SPD) auf Grund der Aktivität unserer Ortsgruppe gebildet. Bereits 100 Mann hatten sich in die Liste für den Arbeiterblock eingezeichnet, und als weiteres Resultat der Kampagne für den Arbeiterblock zwei Neuaufnahmen in unsere Partei gemacht worden, so daß die SAP es hier bereits zu einer aktiven Gruppe von 42 Genossen gebracht hat.

Dieser schöne Erfolg, den unsere Genossen mit ihrer unermüdlichen Agitation für die Zusammenschweißung des Arbeiterblocks erzielten, wird allen ein Ansporn zum gleichen Handeln sein.

Folter „Dritten Grades“

Chicago Tribüne, die in Paris erscheint, berichtet über eine neue Skandalaffäre der amerikanischen Polizei. In der Stadt Minoola im Staate Luisiana ist der zwanzigjährige Hymann Stark nach achtstündigem Polizeiverhör infolge der Folterungsmethoden des „dritten Grades“ gestorben. Der Arzt, der den Toten untersuchte, hat festgestellt, daß der Tod durch Kehlkopfbruch und Gehirnblutungen eingetreten ist. Der Bruch des Kehlkopfes ist nach der Ansicht des Arztes durch wiederholte Schläge mit einem Revolverknauf oder einem Gummiknüppel auf den Adamsapfel verursacht worden. Die Polizei hat 24 Stunden lang den Tod Starks der Oeffentlichkeit verheimlicht.

Schon vor mehreren Wochen wurde die Oeffentlichkeit der ganzen Welt durch den Selbstmord der 18jährigen Violet Sharp auf die Foltermethoden des dritten Grades aufmerksam gemacht. Dieses junge Mädchen wurde in der Untersuchung über die Entführung des Lindbergh-Babys verwickelt. Sie zog den Tod den Folterungen beim Verhör vor. Angesichts dieses neuen Falles erscheinen die Ausführungen der bürgerlichen Presse zur Methode des dritten Grades in recht eigenartigem Licht. „Die Grauen des Grilling sind nicht zu beschreiben. Nicht etwa, daß die Delinquenten körperlich gefoltert werden, nein, das macht man nicht; in dieser Hinsicht ist man vorsichtig genug. Wir leben nicht mehr im Mittelalter.“ Wir leben offensichtlich dennoch im Mittelalter.

Der Arbeiterbewegung sind die internationalen Methoden des dritten Grades der Klassenpolizei nur zu gut bekannt. Manch mutiger Klassenkämpfer ist in Amerika und anderwärts der Brutalität dieser Foltermethoden zum Opfer gefallen.

Ein Wild-West Stückchen

Berlin, 19. Juli.

Eine sensationelle Entführungsaffäre, die lebhaft an die Indianergeschichten von Karl May erinnert, spielte sich am vergangenen Sonntag in den frühesten Morgenstunden in Neu-Kölln ab. Bei dem dort wohnhaften Kaufmann Grünberg erschienen zwei ihm völlig unbekannte Männer, die sich als „Kriminalbeamte“ ausgaben und behaupteten, eine Haussuchung vornehmen zu müssen. Sie durchwühlten seine Wohnung von unten bis oben, „beschlagnahmten“ die gesamte Barschaft von 4000 Mark und „verhafteten“ Grünberg mit der Begründung, sie müßten ihn zum „Alex“ bringen, verfrachteten sie ihn in ein Auto. Die Fahrt ging aber nicht zum Alexanderplatz, sondern im rasenden Tempo dem Westen Berlins zu und die Heerstraße hinunter. Grünberg merkte, daß er Entführern in die Hände gefallen und begann sich zu wehren. Daraufhin versetzten ihm die beiden „Kriminalbeamten“ einen Schlag mit einem dumpfen Gegenstand über den Kopf und warfen ihn — als das Auto die Chaussee Groß Glinicke passierte — aus dem fahrenden Auto. Die Räuber sind entkommen. Grünberg hat so schwere Verletzungen davongetragen, daß er sich sofort in ärztliche Behandlung begeben mußte. Bei der Weiterfahrt ist das Auto scheinbar gegen einen Baum gerast, so daß der Wagen erheblich demoliert sein muß.

Nazi-Sozialismus

Die Villeneinrichtung der Frau v. Ihnen, die durch ihre Hilfsaktionen für die Kriegsblinden in weiten Kreisen bekannt ist, kam in Berlin zur Versteigerung. Dazu hatte sich eine größere Anzahl Nationalsozialisten eingefunden. Sie bedrohten die Bieter mit Stühlen, so daß die Auktionsleitung ein Ueberfallkommando herbeirief. 6 Nationalsozialisten wurden zwangsgestellt.

Von jeher haben sich in dieser Form proletarisierte Kleinbürger gegen die Versteigerung ihrer Habe gewehrt. So hat sich stets der Protest noch nicht klassenbewußter Menschen geäußert. Die Nationalsozialisten haben damit, daß sie in der gleichen Weise in die Auktion bei Frau v. Ihnen eingriffen, gezeigt, daß ihr Sozialismus nichts anderes ist als ein Spießbürgersozialismus.

Einladung Gumbels zu Gastvorlesungen nach Paris

Von der Liga für Menschenrechte wird uns geschrieben:

Das der naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Paris angegliederte mathematische Institut, Henri Poincaré, benannt nach dem bekannten französischen Mathematiker, an dem die besten mathematischen Köpfe Frankreichs arbeiten, hat Professor Gumbel zu sechs Gastvorlesungen im Winter 1932/33 eingeladen. Er soll dort über Probleme der mathematischen Statistik lesen, ein Fach, in dem er als Autorität gilt. Solche Einladungen sind bisher nur an zwei deutsche Mathematiker ergangen. Als Einstein als erster nach dem Kriege dort sprach, war dies ein großes Ereignis für die französische Wissenschaft und für die Wiederherstellung der internationalen wissenschaftlichen Beziehungen. Diese Berufung an die gerade in der Mathematik berühmte Universität Paris stellt eine große Anerkennung der wissenschaftlichen Arbeiten Gumbels (und damit einen etwas objektiveren Beitrag zu seiner Gesamtpersönlichkeit, als die Behauptungen der Heidelberger Nationalsozialisten).

Schwere Unwetter über Italien

Rom, 17. Juli.

Wolkenbruchartiger Regen, Hagelschlag und Gewitter haben in vielen Gegenden Italiens schweren Schaden angerichtet. Bei Pisa haben die Regengüsse die Dämme mehrere Eisenbahnlinien unterspült, sodaß der Verkehr unterbrochen werden mußte. Die Flüsse führen Hochwasser. Bei Trient sind zwei Brücken fortgerissen worden. In den Abbruzzen und den Marken hat ein schwerer Hagelschlag in den Obst-, Wein- und Getreidebeständen großen Schaden angerichtet.

Breslau, den 19. Juli 1932

Heute Dienstag, den 19. Juli, 20 Uhr, alle in der Portune-Versammlung im Schießwerder

Copyright by AGIS-VERLAG, Berlin-Wien, 1931. Alle Rechte, insbesondere die des Nachdruckes, der Uebersetzung und Radioverbreitung, vorbehalten.

52. Fortsetzung

Inzwischen wird festgestellt, ob ein Hans Schulze, dann und dann geboren, da und da gemeldet ist. Das dauert gar nicht lange. Und dann wird telephonisch mitgeteilt, daß Hans Schulze nach dem Fahndungsblatt, Anzeige so und so viel, als entlaufener Fürsorgezögling gesucht wird.

Als entlaufener Fürsorgezögling.

Ab in die Zelle...

Da hilft nichts.

„...Heute nachmittag sollen Sie zum Jugendamt kommen? Sieh mal an, immer müßt ihr gerade zum Jugendamt oder zur Arbeitsstelle, wenn ihr hier eingeliefert werdet. Nun warte mal, mein Junge, morgen wird dann schon jemand vom Jugendamt mit Dir sprechen“, tröstet der Beamte mit einem Portiönchen Spott.

Ab in die Zelle...

Noch fünf Stunden Zeit. Herr Leukel, ich kann nicht kommen, es liegt nicht an mir...

Noch vier Stunden. Noch drei.

Hans springt von seinem Schemel auf und hämmert verzweifelt gegen die Tür. Ein Beamter kommt. Die kennen das schon hier. Den jungen Leuten ist das unbequem, wenn sie zum erstenmal in der Zelle sind. Der Junge sieht ja ganz ordentlich aus...

„Wenn Sie was wollen, melden Sie sich morgen vor. Heute ist Schluß... Und halten Sie jetzt Ruhe. Ich melde Sie sonst sofort.“

„Zum Jugendamt können Sie heute sowieso nicht mehr. Ruhe jetzt...“

Ja, ja. Was kann der Beamte daran ändern? Hans steckt wieder an der Maschine. Da greift ein Rad fein in das andere. Orje, wie recht hast du damals gehabt.

Hans rührt das Essen nicht an. Er trinkt auch den schwarzen Kaffee nicht. Er sitzt eine Stunde hinter der andern auf seinem Schemel. Er zählt die Glockenschläge von draußen nicht mehr. Es wird in der Zelle dämmerig.

Es wird dunkel.

Hans sitzt auf seinem Schemel.

Ach, ich bin verloren...

*

Herr Leukel kann das nicht begreifen.

Eine Viertelstunde über die verabredete Zeit ist vergangen. Hans kommt nicht.

Herr Schulze kommt. Er sollte Hans hier treffen. Sie sollten sich aussprechen und dann sollte er seinen Sohn mitnehmen, bis über den Antrag entschieden sei. Herr Leukel hatte mit niemand über diesen Plan gesprochen. Auch nicht mit dem Stadtrat. Wenn die Tatsachen vorlagen, war auch das Amt leichter zu überzeugen.

Herr Schulze ist ratlos. „Wat is denn nu los...?“

Niemand kann Antwort geben. Hans kommt nicht. Herr Leukel spricht Vermutungen aus. Herr Schulze will noch ein bißchen draußen warten. Dann wartet er noch eine Stunde. Niemand kommt. Jetzt hat das Warten keinen Sinn mehr. Herr Schulze geht müde und enttäuscht die Treppen hinunter.

Hans ist diese Treppen schon mehr als einmal hinunter gestiegen.

Herr Leukel ist in Sorge und hat hundert Ueberlegungen. Sogar an der Wahrheit der von Hans gemachten Angaben zweifelt er jetzt einen Augenblick.

Aber das wischt er dann schnell wieder aus.

Einen Augenblick kommt ihm auch die Ueberlegung, daß Hans vielleicht hochgegangen ist. Vielleicht sitzt er gerade jetzt irgendwo fest. Aber auch diesen Gedanken wischt er fort. Hans hat ja Papiere als Karl Gärtner und ist polizeilich gemeldet. Der Tag geht zu Ende. Und Herr Leukel legt die Akten wieder in das Fach. Es gibt heute nichts zu schreiben. Der Antrag des Vaters ist nutzlos. Es ist niemand da, für den man etwas beantragen könnte.

Dann geht Herr Leukel nach Hause. Aber der Fall Schulze geht mit ihm. Und aus dem Begleiter wird ein Verfolger, der anklagt und mahnt. Riesengroß geht der Schatten neben ihm her, und wenn Herr Leukel stehen bleibt, tut es auch der Schatten. Ein verzerrtes Gesicht hat der Verfolger. Nein, tausend Gesichter hat der Schatten und tausend Jungen gehen neben Herrn Leukel...

Die Sache Schulze wird zu einer großen Sache.

*

Am nächsten Morgen liegt die Einlieferungsanzeige der Polizei über den Arbeitsburschen Schulze auf dem Tisch. Herr Leukel ist erschrocken, aber es fällt ihm doch ein Stein vom Herzen. Er soll mit dem Jungen sprechen, ist da von dem Leiter der Abteilung Jugendwohlfahrt verfügt worden.

Was soll ich denn mit dem Jungen noch sprechen?

Von der ersten bis zur letzten Seite steht doch in diesem Aktenpaket alles genau aufgezeichnet, was der Junge zu sagen hat, welche Wünsche er hat, wo er hin will. Der Tanz beginnt von neuem.

Herr Leukel macht einen ausführlichen Bericht über die letzte Unterredung mit Hans. Er schildert bis in die Einzelheiten, was er von ihm weiß, wie er lebt und wo er gearbeitet hat. Zwischendurch nickt er manchmal zustimmend: ein tapferer Junge, vor den Anstalten aber hat er eine krankhafte Furcht. Einen Komplex... Dieser Abneigung kann man nicht beikommen, alles Zureden hat sich als erfolglos gezeigt.

„...Der Junge steht in Gefahr, erneut und entscheidend abzugleiten, wenn man ihm nicht entgegenkommt und seinem Wunsche nach Beurlaubung nicht wenigstens versuchsweise Rechnung trägt...“

„...es kommt hinzu, daß inzwischen die Mutter des Jugendlichen gestorben ist, ohne daß es dieser weiß... und daß man bemüht sein muß, ihm den schweren Schicksalsschlag nach Möglichkeit zu erleichtern...“

Herr Leukel liest den Bericht immer noch einmal durch. Er muß alles enthalten, und es dürfen keine Ressentiments durchklingen, und die Sache muß überzeugend sein...

Immer an der einen Stelle bleibt Herr Leukel hängen. Als von den falschen Papieren die Rede ist, mit denen sich Hans Schulze legitimiert hat, die er nun seit Monaten führt, mit denen er sich wahrscheinlich gemeldet hat, mit denen er also die Polizei wie alle anderen Behörden, auch das Jugendamt, irregeführt hat.

Herr Leukel hat die Hände des Jungen gesehen und seine Rede gehört. Herr Leukel weiß, daß dieser Mensch gearbeitet und nicht gelogen hat. Er hat ihm gegenübergestanden und ihm in die Augen gesehen, und es hatte alles seine Richtigkeit. Aber, wenn das Besprochene jetzt hier auf dem Papier stand, klang alles gekünstelt und gequetscht, so ohne Blut und Leben. Wen sollte das überzeugen?

Falsche Papiere. Polizeilich gemeldet. Viele Monate verborgen gehalten. Wie sollte das Amt das verstehen und gutheißen können. Waren das nicht gerade Zeichen schwerer moralischer Verwahrlosung? Man kann doch die Behörden nicht ungestraft irreführen lassen. Anstaltsunterbringung ist erforderlich, schon um Zeit zu haben, die Angaben nachzuprüfen, vor allem aber, um festzustellen, ob der Junge wirklich soviel inneren Halt hat, daß man ihn ohne Bedenken ins Leben schicken kann...

Das würden ganz gewiß die Einwände sein, die nachher kamen, und Herr Leukel feilte und änderte deshalb an diesem entscheidendsten aller Berichte, bis eine saubere, mustergültige Darstellung aller Umstände vor ihm lag.

Aber das mit den Papieren stand doch noch darin.

Der Abteilungsleiter Bitterlich ist ein gewissenhafter, gründlicher Beamter. Militärdienst zwölf Jahre, Verwaltungsdienst zweiundzwanzig Jahre. Treu, unerbittlich, unbestechlich. Früher vier Jahre Schulbüro, zehn Jahre Rechnungsbüro, sechs Jahre Jugendwohlfahrtsamt. Zuletzt Abteilungsleiter. Der Stadtrat entscheidet. Aber Herr Bitterlich entscheidet vor. Er reinigt die Spreu vom Weizen. Hundert Sachen erledigt er, die nächste aber ist Angelegenheit des Stadtrats. Herr Bitterlich hat ein durch über zwei Jahrzehnte erworbenes Taktgefühl in diesen Sachen. Es gibt keine Reibereien mit dem Stadtrat.

Die Sache Schulze gehört zum Herrn Stadtrat, empfindet er sofort richtig. An sich ist die ja ganz einfach. Der Junge ist rechtskräftig in Fürsorgeerziehung untergebracht und dann entlaufen, also muß er zurück. Wer einmal entläuft, muß einmal zurück. Wer zehnmal entläuft, muß zehnmal zurück.

(Fortsetzung folgt.)

Der belgische Streik - eine Lehre für das Weltproletariat

Nachdem der Generalrat der belgischen Gewerkschaften und der Arbeiterpartei am Sonnabend mit der Begründung, daß „alle Arbeiterforderungen bewilligt" seien, den Abbruch des Streiks beschloß, haben die Arbeiter im Distrikt von Charleroi, sowie in der Eisen- und Metallindustrie am Sonntag die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen.

Im Industriegebiet des Zentrums lehnten jedoch die Bergarbeiter die Arbeitsaufnahme ab. Sie wollen den Kampf um die Zurücknahme des sechsprozentigen Lohnabbaues im Juni weiterführen.

Im Kohlengebiet der Borinage soll erst am Dienstag in einer Urabstimmung über Arbeitsaufnahme oder Weiterstreik entschieden werden. In anderen Bezirken Belgiens, so im nordbelgischen Kohlengebiet und in Gent, hat sich noch am Sonnabend der Streik erneut ausgedehnt. Die Lage ist also nach wie vor noch ungeklärt, aber man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß das Ende des Streiks nur noch eine Frage von Tagen ist.

Was haben die Arbeiter durch ihren gewaltigen Kampf erreicht? Nach den vorliegenden Meldungen kann zwar von „einem vollständigen Sieg der Arbeiter", wie die SPD-Presse schreibt, nicht gesprochen werden. Nichtsdestoweniger steht fest, daß die Arbeiter eine Reihe von Forderungn durchgesetzt haben, die bei Ausbruch des Kampfes niemand, selbst die streikenden Arbeiter, erwartet hätten. Man muß sich vergegenwärtigen, daß die Unternehmer und die Regierung einen ganz groß angelegten sofortigen Lohn- und Unterstützungsraub und riesige Massenentlassungen durchführen wollten und vor Ausbruch des Streiks bei den vorhergehenden Verhandlungen jedes Entgegenkommen den Arbeitern gegenüber schroff ablehnten. Aber sofort, als die Arbeiter ernst machten und der Ausbruch des Streiks mit politisch gefährlichen Konsequenzen unmittelbar drohte, sahen sich Unternehmer und Regierung zu den ersten Konzessionen gezwungen. Die Arbeiter fielen jedoch auf das faule, übrigens auch von den reformistischen Führern empfohlene Kompromiß nicht herein und traten in den Streik, der sich rasch zu dem ganz Belgien beherrschenden politischen Streik ausdehnte. Gleichzeitig traten die Arbeitslosenmassen durch gewaltige Demonstrationen in Aktion.

Die Arbeiter begnügten sich jetzt nicht mehr mit einfachen Lohnforderungen, sondern stellten folgende politische Forderungen:

„Verzicht auf jeglichen Lohnabbau. Alle in der letzten Zeit entlassenen Arbeiter sind wieder einzustellen, die Regierungsverordnung, die scharfe Bedingungen für die Erwerbslosenunterstützung festsetzt, ist zurückzuziehen; die Brotsteuer ist abzuschaffen, die Hausmiete für Erwerbslose herabzusetzen; vorhandene Arbeitsgelegenheit ist unter Mitwirkung der Gewerkschaften unter den Arbeitern gerecht zu verteilen, schließlich Auflösung des Parlaments und sofortige Neuwahlen."

Unter dem Druck des gewaltigen Kampfes gab das Parlament nach. Keine Partei wagte mehr, dem von der Regierung vorbereiteten Ermächtigungsgesetz (Diktatur) zum Erlaß von Steuer-, Zoll- und Lohnabbaunotverordnungen zuzustimmen. Es verschwand sang- und klanglos. Des weiteren wurde ein verschwommener sozialdemokratischer Antrag, der die „schnelle Beilegung des Konflikts im Geiste der Gerechtigkeit und des gegenseitigen Einvernehmens" verlangte, fast einstimmig angenommen.

Bei den Verhandlungen in den wichtigsten Streikgebieten erklärten sich zunächst die Bergwerksbesitzer bereit:

Bis zum 1. November auf jeden Lohnabbau zu verzichten und alle Arbeiter wieder einzustellen.

Aber inzwischen hatten auch die in Solidaritätsstreik getretenen Arbeiter der Eisenindustrie eigene Forderungen gestellt. Alle Streikenden erklärten, daß auch diese Forderungen bewilligt werden müßten, andernfalls auch die Bergarbeiter weiterstreiken und für ganz Belgien der Generalstreik erklärt würde. Am Sonnabend haben nun auch die Eisenindustriellen zugestehen müssen, daß

der schon in früheren tariflichen Lohnvereinbarungen festgelegte Lohnabbau von 6 Prozent ab 1. August nicht durchgeführt und der bisherige Lohn bis 1. November stabilisiert werde.

Man sieht, auf lohnpolitischem Gebiet sind die Unternehmer zu weitgehenden Zugeständnissen gezwungen worden und insofern ist es ein gewaltiger Erfolg der Arbeiter, dessen wichtige Lehre für die Arbeiter aller kapitalistischen Länder darin besteht, **daß in der jetzigen Zeit der Wirtschaftskrise und des Zerfalls der kapitalistischen Wirtschaft entscheidende Erfolge auch auf dem Lohngebiet nur durch politische Massenaktionen des Proletariats erzielt werden können.**

Aber wo bleibt die Bewilligung der politischen Forderungen der Arbeiter, vor allem Durchsetzungen der Erwerbslosenforderungen, die Herabsetzung der Brotsteuer, der Hausmiete, der Verzicht auf Unterstützungskürzung?

Durch ihr Geschrei über den „vollen Sieg der Arbeiter" wollen die reformistischen Führer, die Vandervelde u. Gen., offensichtlich über die Nichterfüllung dieser Forderungen hinwegtäuschen. Das ist der negative Ausgang des Kampfes und zeigt allen Arbeitern, daß die reformistische Führung stets die Arbeiter um die entscheidenden Früchte ihres Kampfes bringt.

Die Wucht des Kampfes und damit die Kraft des belgischen Proletariats ist — vielleicht muß es leider schon heißen war — in diesen Tagen so groß, daß sie alle ihre Forderungen hätte durchsetzen können. Ja, bei einer zielbewußten revolutionären Führung der belgischen Arbeiterklasse war zweifellos die Möglichkeit eines erfolgreichen Generalstreiks, der den Sturz der kapitalistischen Herrschaft unmittelbar auf die Tagesordnung gestellt hätte.

Aus alledem ergibt sich aus dem belgischen Kampf für das Proletariat die Lehre, die von uns immer vertreten wird:

1. **Ueberleitung der nur gewerkschaftlichen in politische Massenkämpfe als einzige Möglichkeit, Lohnraub und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen mit Erfolg abzuwehren.**
2. **Ueberwindung und Beseitigung der reformistischen Führung, Schaffung einer revolutionären Führung der Gewerkschaften.**

Trotz alledem noch nichts gelernt!

Aus Dortmund wird uns geschrieben:

Der ADGB hatte eine Betriebsräte- und Funktionärversammlung einberufen. Es sprach Dr. Nölting, Bruder des bekannten Professor Nölting, über das Thema: „Weg aus der Krise." Er zeichnete die verfahrene Lage der kapitalistischen Wirtschaft. Die Schlußfolgerungen, die er zog, waren mehr als bescheiden; Reformismus in leichter Variation gegenüber der Tolerierungszeit. Das gab den erschütternden Beweis dafür, daß auch heute die reformistische Führerschaft noch nichts hinzu gelernt hat. Wohl sagt Nölting, wir hätten heute nicht mehr eine Krise im Kapitalismus, sondern die Krise des Kapitalismus. (Sehr richtig!) Man hätte glauben können, er würde deshalb auch das Mittel nennen, das einzige nämlich, das zur Beseitigung der Krise des Kapitalismus führt: Den revolutionären Kampf der Arbeiterschaft. Weit gefehlt! Man verläßt sich noch immer auf die Einsicht und den guten Willen der internationalen Kapitalisten. So bedauerte Nölting es, daß Papen den Anschluß in Lausanne verpaßt hätte, „wo die Stellung der Sachverständigen für Deutschland so günstig gewesen ist."

„Internationale Verständigung ist notwendig zur Behebung der Krise", internationale Verständigung des Kapitalismus nämlich! Aber in gleichem Atemzuge sagt er, „der Weg aus der Krise kann mit kapitalistischen Methoden nicht mehr gefunden werden." Und weiter: „Wir erleben heute den Abbau und Umbau des Kapitalismus in den Sozialismus." Welche furchtbare Verwirrung der Gedanken! Es scheint, als ob die aufgezwungene Opposition noch mehr Unklarheit gebracht hat als sie sonst vorhanden war. Nicht der revolutionäre Kampf darf entfacht werden, die Opfer, die damit verbunden sind, können der Arbeiterschaft nicht zugemutet werden, man müsse nach wie vor den evolutionären Weg gehen! (Ein großer Teil der zuhörenden Arbeiter applaudierte bei diesen Worten.) Will sie auch noch nicht den Kampf?)

Der Vollblut-Reformist Diekmann, Vorsitzender der Betriebsräte auf der Dortmunder Union, leistete sich ein Glanzstück politischer Borniertheit. Sagte er doch: „Die Frage, Ausweg aus der Krise, kann nicht mit der politischen Machtfrage verbunden werden."

Der in der Diskussion auftretenden Opposition war es leicht, die Widersprüche und furchtbaren Irrwege reformistischer Engstirnigkeit aufzudecken, und den proletarischen Ausweg aus der Krise, den revolutionären Kampf gegen den Faschismus zum Sturz des Kapitalismus als den einzigen Weg aufzuzeigen. Sowohl die SAP- wie KPO-Genossen beteiligten sich an der Aussprache. Die Reformisten waren merkwürdig kleinlaut, denn außer Diekmann trat keiner von ihnen in der Diskussion auf, dagegen sprachen 5 oppositionelle Genossen. Zum Schluß der Versammlung verteilten diese einen Brief, betitelt: „Es mußte so kommen! Was nun?", den sie gemeinsam verfaßt hatten. Der Brief hat wohl einigen Staub aufgewirbelt, denn in den Bürostuben der Gewerkschaftsbürokratie ging am anderen Tage ein Schimpfen los. Man will den oppositionellen Genossen nicht mehr das Wort geben. So verlautet es gerüchtweise.

Die Versammlung wurde zum ersten bescheidenen Erfolg des ersten geschlossenen Auftretens der SAP- und KPO-Genossen. Leider glänzten die Freigewerkschaftler der KPD mit Abwesenheit.

Die gemeinsame Arbeit in den Verbänden muß weitergehen. Es gilt die Arbeiterschaft dem reformistischen Einfluß zu entziehen, und die Gewerkschaften wieder auf den revolutionären Kampfboden zu stellen. Dazu aber ist äußerste Kraftentfaltung jedes SAP-Gewerkschaftlers notwendig.

1374 Mk. für einen Tag

495000 Mk. im Jahr schenkt der bürgerliche Klassenstaat dem früheren Herzog von Sachsen-Meiningen —

1 Mk. u. 79 Pfg.

erhält ein Wohlfahrtserwerbsloser mit Frau und Kind zum täglichen Leben.

Macht ein Ende!

Wählt Liste 17!

Wählt SAP!

Die Verordnung über den Arbeitsdienst

Die neue Verordnung über den Arbeitsdienst ist nunmehr im Reichsanzeiger vom 18. juli im Wortlaut erschienen. Sie fügt dem, was darüber bisher bekannt geworden ist, nichts hinzu. Die bereits dazp geäußerten Bedenken werden in keiner Weise beseitigt, sondern im Gegenteil in ihrem vollen Umfange aufrecht erhalten. In der Verordnung wird u. a. bestimmt, daß der fr. A. nicht für politisthe oder staatsfeindlirhe Zwecke mißbraucht werden darf. Auch diese Fassung kann nicht beruhigen, da sie keinesfalls die Uebertragung des fr. A. an die Hitlergarden ausschließt und dadurch etwa verhindert, daß der fr. A. zu einer Nebenabteilung der SA wird. Man weiß ja nur zu sehr, welche Sympathien das gegenwärtige Reichskabinett für die Nazis unterhält und vermutlich liegt der Ton auch nicht so sehr auf dem Worte „politisch" als vielmehr auf dem Worte „mißbraucht", wodurch von vornherein jedem Mißbrauch Tür und Tor geöffnet wäre. Uebrigens schließt der Text der Verordnung auch keineswegs Erwerbsunternehmen von der Beteiligung aus, sondern läßt diese sogar ausdrücklich zu, allerdings mit der einschränkenden Bestimmung, daß „die Ergebnisse ausschließlich oder überwiegen der Allgemeinheit unmittelbar zugute kommen" was ebenfalls der Interpretation größten Spielraum läßt.

Ein Reichskommissar für den fr. A. ist inzwischen der Präsident der Reichsanstalt, Dr. Syrup ernannt worden. Syrup untersteht in dieser Eigenschaft dem Reichsarbeitsminister und soll durch Bezirkskommissare unterstützt werden, die nicht von ihm, sondern von dem Reichsarbeitsminister ernannt werden.

Kapitalistische Wirtschaftszerstörung

Ende der Bergmann Elektr.-Werke

Neben den Elektroriesenkonzernen Siemens und AEG hat sich immer noch die Bergmann-Elektrizitätsgesellschaft gehalten und in ihren beiden großen Berliner Werken bis vor gar nicht langer Zeit an die 10 000 Arbeiter beschäftigt. Zwar war die Aktienmehrheit der Bergmann AG. schon seit fast 20 Jahren zu gleichen Teilen in Händen der AEG und Siemens. Doch weil keiner der beiden Konzerne allein die AG. beherrschen konnte, fristeten die Bergmannwerke als „Außenseiter" ihr Leben. Jetzt haben sich AEG und Siemens geeinigt. Sie haben beschlossen, Bergmann ganz stillzulegen. Den außenstehenden Aktionären sollen ihre Aktien von 7 bis 8 Millionen Mark zum Kurs von 21 % (an der Börse steht der Kurs auf 15) abgekauft werden. Das kostet die beiden Konzerne also noch extra 2 Millionen Mark, nur um „ungehindert" stillegen zu können. Selbstverständlich werden diese Summen aus den AEG- und Siemensarbeitern herausgeschunden.

Kapitalistische „Ordnung"!

Verurteilte Zuckersteuerhinterzieher

Nach 17tägiger Verhandlung wurde heute das Urteil im großen Hamburger Zuckersteuerhinterziehungsprozeß gefällt. Das Gericht erkannte gegen den Kaufmann Stiefel auf 6 Jahre 6 Monate Gefängnis, 14,3 Millionen RM. Geldstrafe (evtl. 1 Jahr Gefängnis), 17,9 Millionen RM. Wertersatz (evtl. 1 Jahr Gefängnis) und 5 Jahre Ehrverlust, gegen Lipp auf 4 Jahre 9 Monate Gefängnis, 6,7 Millionen RM. Geldstrafe (evtl. 6 Monate), 8,9 Millionen RM. Wertersatz (evtl. 6 Monate) und 4 Jahre Ehrverlust, gegen Krause auf 3 Jahre Gefängnis, gegen Salzberg auf 1½ Jahre Gefängnis, gegen Fromm auf 1 Jahr Gefängnis, 3,2 Millionen RM. Geldstrafe (evtl. 3 Monate) und 16,8 Millionen RM. Wertersatz (evtl. 3 Monate), gegen A. Schreiner auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, gegen J. Schreiner auf 2 Jahre Gefängnis, gegen Frl. Heinz auf 8 Monate Gefängnis und 1,5 Millionen RM. Geldstrafe und 8 Millionen RM. Wertersatz (evtl. 2 Monate), gegen weitere vier Angeklagte auf kleinere Haft- und Geldstrafen, zum Teil mit Bewährungsfrist. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

Nichtanrechnung kapitalisierter Rente auf die Arbeitslosenunterstützung

Vom Reichsbund wird uns geschrieben:

Der Spruchsenat für die Arbeitslosenversicherung beim Reichsversicherungsamt hat, wie uns der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen mittelt, kürzlich entschieden, daß ein Kriegsbeschädigter, der für einen Teil seiner Versorgungsrente eine Kapitalabfindungssumme erhalten hat, von der Anrechnung des kapitalisierten Rententeiles auf die Arbeitslosenunterstützung nach § 112a Abs. 1 Nr. 2 des Gesetzes über Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung befreit ist.

Kriegsbeschädigten, die eine Kapitalabfindung erhalten haben und denen der kapitalisierte Rententeil auf die Arbeitslosenunterstützung in Anrechnung gebracht worden ist, ist auf Grund dieser Entscheidung des Reichsversicherungsamtes zu empfehlen, durch die Geschäftsstellen des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten die erforderlichen Maßnahmen gegen die unzulässige Anrechnung zu ergreifen und die ihnen danach tatsächlich zustehende Arbeitslosenunterstützung zu beantragen.

Weiter absteigende Konjunktur

Nach den Ermittlungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes stellte sich Ende Juni 1932 bei 3 355 599 (Ende Mai 3 390 213) Mitgliedern, über die berichtet wurde, die Zahl der Arbeitslosen auf 1 463 974 (1 487 973) und die der Kurzarbeiter auf 727 571 (751 406) oder in Prozenten der Mitgliederzahl auf 43,6 (43,9) bzw. 21,7 (22,2).

In der Saisongruppe waren von 588 621 (596 719) Mitgliedern 441 559 (460 086) oder 75,0 (71,1) Prozent arbeitslos und 6046 (7400) oder 1,0 (1,2) Prozent Kurzarbeiter, während sich der Arbeitslosigkeit-Prozentsatz in der Konjunkturgruppe bei 2 766 978 (2 793 494 Mitgliedern auf 37,0 (36,8), das sind 1 022 415 (1 027 887) und der Kurzarbeiter-Prozentsatz auf 26,1 (26,6) belief, das sind in absoluten Zahlen ausgedrückt 721 525 (744 006).

Im Berichtsmonat hat sich die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahr bei einem um 34 614 niedrigeren Mitgliederbestand um rd. 24 000 ermäßigt; die Zahl der Kurzarbeiter weist eine Verringerung um 23 835 auf. Ende Juni 1931 wurden bei 3 937 661 Mitgliedern 1 189 133 Arbeitslose und 683 714 Kurzarbeiter gezählt.

*

Diese Aufstellung bestätigt schon die auf Grund der amtlichen Arbeitslosenstatistik gemachte Beobachtung, daß der — übrigens verschwindend geringe — Rückgang der Arbeitslosigkeit in den Sommermonaten ausschließlich auf die Entwicklung in den Saisonberufen zurückzuführen ist und daß die Beschäftigung in den Konjunkturindustrien weiter im Abstieg begriffen ist. Hieraus ergibt sich für die weitere Entwicklung der Schluß, daß die Krise sich noch immer weiter versteift und daß mit dem Eintreten des Herbstes sofort mit einem weiteren Ansteigen der Arbeitslosenziffern zu rechnen ist, falls nicht in der Zwischenzeit ein Umschlag eintritt, wofür aber auch nach Lausanne alle Voraussetzungen fehlen. Vielmehr ist weit eher mit einer weiteren Krisenverschärfung zu rechnen. Einmal hat die Hungerverordnung der Papen-Regierung die Kaufkraft weiter erheblich gedrosselt, und zum anderen legen sich die starken autarkischen Tendenzen des Junkerkabinetts hemmend auf die Ausfuhr. Andrerseits wird der gegenwärtige Zustand für die Arbeiterklasse angesichts der fast völligen Beseitigung der sozialen Einrichtungen einfach unerträglich. Es wäre darum dringend erforderlich, daß vor allem die Gewerkschaften sich endgültig von den noch immer vorhandenen Illusionen, es werde der Krise schon von selber eine neue Konjunktur folgen, befreien und endlich den Weg beschreiten, an dessen Ende allein eine Rettung für die Arbeiterklasse aufleuchtet: die offene Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus, die natürlich nicht mit dem Stimmzettel oder durch Verhandlungen, sondern lediglich durch die Anwendung jener Massen herbeigeführt werden kann, mit denen soeben das belgische Proletariat dem Unternehmertum seine Erfolge abgerungen hat.